

Nr. **2** Juni '95

RUNDBRIEF

DREIGLIEDERUNG DES
SOZIALEN ORGANISMUS

Ökosteuern

Weitere Themen:
Antifaschismus, Notizen
und Berichte, Termine

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE > NETZWERK DREIGLIEDERUNG <

Inhalt

Editorial	S. 2
Notiert	S. 2
Ökosteuern - Ein Weg zum ökologischen Umbau der Wirtschaft?	S. 3
Dreigliederung, Frieden und Antifaschismus	S. 14
Notizen und Berichte	S. 22
Ankündigungen und Termine	S. 28
Buchbesprechung	S. 30
Netzwerk-Treffen „Wie wirkt man für den Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus?“	S. 31

Impressum:

Rundbrief *Dreigliederung des sozialen Organismus*. Herausgegeben von der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe und Dipl. Pol. Volker Stubel. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel.: 0711-2368950, Fax: 0711-2360218. Es erscheinen in der Regel 4 Hefte pro Jahr. Versand (Abo) gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr DM 30,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bei Beiträgen zum Kostenausgleich der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ werden, soweit keine gesonderte Überweisung für den Rundbrief erfolgt, DM 30,- auf den Rundbrief angerechnet.

Editorial

Christoph Strawe

Über das Thema „Anthroposophie und Nationalsozialismus“ findet seit einiger Zeit eine heftige Debatte statt. Zu kurz gekommen ist dabei die Frage nach dem „Antifaschismus“. Anthroposophie und Dreigliederung sind vom inneren Ansatz her Antipoden schlechthin zu jener menschenverachtenden Ideologie und Praxis, von der Europa und die Welt vor 50 Jahren befreit wurden. Ein Beitrag dieses Heftes beschäftigt sich mit dieser Frage, insbesondere damit, wie die Dreigliederung ein Weg sein kann, jeder neuen Form der Instrumentalisierung des Staates als „Werkzeug des Bösen“ (Karl Heyer) entgegenzutreten. Den Schwerpunkt dieses Heftes bildet das Thema eines ökologischen Umbaus des Steuersystems, das jüngst bei einem Seminar der Initiative „Netzwerk“ - in Einzelaspekten durchaus auch kontrovers, wie die Beiträge zeigen - behandelt wurde. Es geht hierbei um eine Frage, der für die weitere

gesellschaftliche Entwicklung mit Sicherheit eine wesentliche Bedeutung zukommt.

Zur finanziellen Situation

(cs/vs) Seit dem Erscheinen des letzten Rundbriefs sind noch einmal Überweisungen in Höhe von ca. 4000,- DM eingegangen. Herzlichen Dank! Es fehlen aber immer noch ca. 8000,- DM im laufenden Jahr. Wir sind daher dankbar für weitere Kostenbeiträge bzw. noch ausstehende Beiträge für den Rundbrief.

Notiert - Aus dem Zeitgeschehen¹

(cs) Aus Burundi und Ruanda werden neue Massaker gemeldet. +++ Die Kämpfe in Tschetschenien - und damit das Leid der Bevölkerung - dauern an - entgegen voreiligen Siegesankündigungen der russischen Armeeführung. +++ Der russische Außenminister Kosyrew droht den Nachbarstaaten mit militärischen Interventionen zum Schutz der russischen Minderheiten. +++ Die türkischen Militäraktionen gegen die Kurden im Irak dauern - trotz Teilrückzügen - an. Eine kurdische Exilregierung wird gebildet. +++ Der „Ebola-Virus“ fordert zahlreiche Todesopfer. +++ In Jugoslawien hat die NATO wieder Angriffe gegen die Serben geflogen. Die Serben nehmen UNO-Soldaten als Geiseln, Serben-Führer Karadzic droht mit dem dritten Weltkrieg. +++ Die USA verhängen ein Handelsembargo gegen den Iran, das aber von den meisten europäischen Verbündeten nicht mitgetragen wird. +++ Die Weltklimakonferenz der UNO in Berlin bringt wenig konkrete Ergebnisse. +++ In New York tagt die UNO-Konferenz über die Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages. +++ Bei den französischen Präsidentschaftswahlen setzt sich der Gaullist Chirac in der Stichwahl gegen den Sozialisten Jospin durch. +++ Der Anschlag auf ein Bundesgebäude in Oklahoma fordert zahlreiche Todesopfer. +++ Aus Japan werden weitere Giftgasanschläge gemeldet, der Verdacht einer Verwicklung der sog. AUM-Sekte verdichtet sich.

„Geliebt, gehaßt, gebraucht - die Arbeit“ lautet das Motto des DGB für die diesjährigen Mai-Kundgebungen. Kommentar der Stuttgarter Zeitung: „Das Klassenbewußtsein geht in der Individualisierung verloren.“ +++ Ein Tarifabschluß für die 3,4 Mio. Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst wird erreicht (3,2 %, 13 Monate Laufzeit). +++ Die Schwäche des Dollars führt zu Problemen der deutschen Exportwirtschaft. So fordert das Airbus-Unternehmen staatliche Subventionen.

Gedenkfeiern zum 8. Mai in verschiedenen europäischen Hauptstädten. +++ Polens Außenminister Bartoszewski tritt in einer gemeinsamen Feierstunde des Bundestages und des Bundesrates in Berlin auf.

Er bedauerte in seiner Rede auch die Vertreibung der Deutschen. +++ Mitteleuropa-Gipfel im ungarischen Keszthely, an dem die Präsidentsen Ungarns, Italiens, Polens, Tschechiens, der Slowakei, Österreichs, Sloweniens und der BRD teilnehmen. Das zum dritten Mal stattfindende Treffen geht auf die Initiative von Vaclav Havel zurück.

Minister Seehofer fordert Streichungen bei der Sozialhilfe. +++ Innenminister Kanther kündigt Reformen im Status der Beamten an. +++ Die Plutonium-Schmuggel-Affäre um den BND weitet sich aus. +++ Die Weichen für die Fusion der Bundesländer Berlin und Brandenburg im Jahr 2000 sind gestellt. +++ Finanzminister Waigl trifft auf Widerstände u.a. der Länder bei seinen Steuerplänen - so weigern sich die Länder z.B., die Auszahlung des

Kindergeldes über die Finanzämter vorzunehmen. Der Bundesrat lehnt den Haushalt 1995 ab. +++ Massive Proteste richten sich gegen den Transport atomaren Mülls im sog. Castor-Behälter in das Endlager in Gorleben. +++ Bei den Landtagswahlen in NRW und Bremen muß die SPD Verluste hinnehmen, während die Grünen gestärkt aus ihnen hervorgehen. Die FDP schafft den Sprung in die Landtage nicht mehr, was zu einer innerparteilichen Krise und zur Forderung nach Rückbesinnung auf die liberalen Wurzeln der Partei führt. Unabhängig von einer politischen Bewertung der FDP in anderen Fragen, wird man sagen müssen, daß die Bedingungen für eine fortschrittliche, freie Trägerschaft ermöglichende Bildungspolitik durch den Niedergang dieser Partei komplizierter zu werden drohen.

Ökosteuern

- ein Weg zum ökologischen Umbau der Wirtschaft?

Dies war die Fragestellung eines Seminars der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“, das am 24. März 1995 im Rudolf Steiner Haus Frankfurt stattfand und an dem über 40 Menschen teilnahmen. Einleitende Referate hielten Hans-Joachim Achatzi, Gerald Häfner (MdB) und Udo Herrmannstorfer. Das Treffen führte die Arbeit weiter, die im Rahmen der Initiative „Netzwerk“ bereits an der ökologischen Frage geleistet worden ist und ihren Niederschlag in den Rundbriefen 4/92 und 1/93 gefunden hat (die noch bezogen werden können). Im folgenden habe ich versucht, Schwerpunkte der Referate und des Gesprächs herauszuarbeiten. Hans Joachim Achatzi hat seinen Teil danach noch einmal selber ergänzt und überarbeitet. Bei der Wiedergabe der Positionen des Referats von Udo Herrmannstorfer, habe ich mir erlaubt, an Stellen, wo dies der Verdeutlichung der Probleme dienlich schien, ergänzend an Gesichtspunkte anzuknüpfen, die dieser bei früheren Gelegenheiten zum Thema vorgetragen hat. Die Kurzübersichten in den „Kästen“ wurden von Volker Stubel erstellt.

Christoph Strawe

„Sustainable Development“ - Umwelt wird ein Thema für die Unternehmen

Zu diesem Thema referierte **Hans-Joachim Achatzi**, verantwortlich für das Geschäftsfeld Umweltmanagement in der Gerling Consulting Gruppe, der für den verhinderten Prof. Harald Spehl eingesprungen war. Die Gerling-Consulting-Gruppe ist ein Beratungsunternehmen der Gerling Versicherungsgruppe, das 150 Mitarbeiter beschäftigt und Unternehmen im Hinblick auf Sicherheit und Vorsorge u.a. gegenüber ökologischen Risiken berät. Der Gerling-Konzern beschäftigt insgesamt 8000 Mitarbeiter und ist einer der fünf größten Versicherungskonzerne Deutschlands mit weltweiten Aktivitäten. Daß man sich im Zusammenhang des Konzerns für Umweltfragen interessiert und engagiert, ist - wie in vielen anderen Unternehmen auch - vor allem durch das

persönliche Engagement einzelner leitender Mitarbeiter bedingt. Besonderheit bei Gerling: der Eigentümer Dr. Rolf Gerling selbst ist Impulsgeber für diese Zukunftsfragen. Er studierte Betriebswirtschaft in St. Gallen und Tiefenpsychologie am C.G. Jung-Institut in Zürich und ist heute Aufsichtsratsvorsitzender der Holding des Gerling-Konzerns.

Mit dem Leitsatz „Sichern vor Versichern“ hat sich die Gerling Gruppe auf den Weg gemacht, Antworten auf die katastrophalen Auswirkungen von Industrieunglücken, wie den Brand bei Sandoz in Basel oder das Tankerunglück „Exxon Valdez“, zu suchen. Der Glaube an die prinzipielle Beherrschbarkeit dieser Risiken durch Wissenschaft und Technik wurde erschüttert. Die Notwendigkeit von grundlegenden Veränderungen und neuen Denksätzen wird deutlich. Gerling befaßt sich deshalb innerhalb der in Zürich gegründeten Gerling Akademie mit anthropogenen Hintergründen von Risiken und legt den Schwerpunkt auf die Begleitung

und Förderung von Entwicklungs- und Veränderungsprozessen von Menschen und Organisationen durch Seminare und Veröffentlichungen. Die Gerling Consulting Gruppe löst Probleme, die im Unternehmensalltag auftreten, aus der Zusammenarbeit mit Menschen in den Unternehmen. Gemeinsamer Nenner ist die Förderung von Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative in der Industrie im Sinne einer weitgefaßten Zukunftssicherung.

Ebenso wie der Leitsatz „Sichern vor Versichern“ an manchen Stellen im Versicherungskonzern Befremden auslöst, ebenso wird ein Einschwenken auf umweltorientiertes Management - wenn das Thema nicht als bloßer Reparaturdienst aufgefaßt wird - in einem Unternehmen nicht überall ein positives Echo auslösen. Denn die Konsequenzen sind gravierend: neue Schwerpunkte sind nicht nur in der Unternehmenspolitik zu setzen. Die Strategie ist zu verändern, bestehende Prozesse und Verfahren sind zu hinterfragen, ja die Produkte selbst stehen zur Diskussion. Mehr Eigenverantwortlichkeit stellt neue Anforderungen an den Führungsstil und an die strukturelle Verteilung von Aufgaben, Kompetenz und Verantwortung im Unternehmen. Letzteres vor dem Hintergrund laufend verschärfte Gesetzesregelungen und damit verbundener Haftung. Vielen Mitarbeitern ist der Sinn des Neuen unklar, der Kurs des Unternehmens scheint auf einmal unberechenbar usw. Die Folge sind mannigfaltige Ängste, die einem Willen zur Veränderung hemmend entgegengetreten.

Das deutet auf ein generelles Problem des Umweltmanagements hin. Wie erreicht man Akzeptanz „an der Basis“, wie wird Umweltmanagement und die entsprechende Verantwortung in diesem Bereich zur persönlichen Sache jedes Einzelnen?

Ökologisches Wirtschaften - eine Frage auf verschiedenen Ebenen

Man sieht an dieser Stelle, daß sich die Frage des ökologischen Wirtschaftens auf mehreren Ebenen stellt. 1. Auf der Ebene der globaler Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, der Weltwirtschaft. 2. Auf der Ebene des Umweltmanagements im Bereich einzelner Unternehmen bzw. in der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen bzw. Unternehmen und Verbrauchern. 3. Auf der Ebene der Verantwortung jedes Einzelnen.

Ganz offensichtlich hängen diese Ebenen miteinander zusammen. Solange es auf Ebene 1 bei Deklarationen internationaler Konferenzen (Prinzipien der Rio-Konferenz usw.) bleibt und sich in den Unternehmen nichts rührt, ist an eine Realisierung nachhaltiger Entwicklung nicht zu denken. In den Unternehmen aber läuft nichts ohne das Engagement einzelner Menschen.

Die Ebene der Weltwirtschaft: Aus den internationalen Diskussionen und Vereinbarungen ist

heute die Forderung nach „sustainable development“ - zu deutsch: „nachhaltige Entwicklung“ - entstanden. Das bedeutet für uns einen Aufruf zu globalem Denken und lokalem Handeln. Hier geht es um räumlich und zeitlich weit ausgreifende Probleme, die jedem Einzelnen große Bewußtseinsanstrengungen abverlangen. Schnell stellen sich hier Ohnmachtsgefühle ein. Stimmen werden laut, daß internationale Konferenzen sowieso nichts bewegen. Dennoch schaffen sie Rahmenbedingungen und damit Wirklichkeit.

Die Ebene des Unternehmens (um die es hier schwerpunktmäßig gehen soll): Im Unternehmen sprechen wir in diesem Zusammenhang heute von „Continual Improvement“. Die im April dieses Jahres in Kraft getretene Verordnung der Europäischen Union „Environmental Management and Audit Scheme“ (EMAS), Verordnung Nr. 1836/93, ruft Industrieunternehmen zur freiwilligen Teilnahme an einem Umweltmanagement-System auf, bei dem sich Unternehmen durch unabhängige Gutachter ein Zeugnis für umweltorientierte Wirtschaftsweise ausstellen lassen können. Die Grundlage der Verordnung bildet die Selbstverpflichtung der teilnehmenden Unternehmen zur Einhaltung gesetzlicher Vorschriften als Minimalforderung und zur kontinuierlichen Verbesserung des Umweltschutzes. Damit wird ein Rad in Gang gesetzt, daß sich nicht zurückdrehen läßt. Aber auch die freiwillige Teilnahme am EMAS-System ist unter den jetzigen Wettbewerbsbedingungen nur bedingt freiwillig. Hat erstmal ein Branchenführer ein EU-Öko-Label, muß die Konkurrenz nachziehen, wenn die Kunden darauf positiv reagieren. Aber auch in den Liefer- und Abnahmeverknüpfungen spielt die Verordnung eine Rolle. Wird doch vom teilnehmenden Unternehmen gefordert, auch über Lieferanten und Vertragspartner nachzudenken und hier ökologische Maßstäbe anzulegen. So schreiben heute bereits große Versandhausketten wie Karstadt oder Otto ihre Zulieferer an mit der Frage nach der Unbedenklichkeit eingesetzter Stoffe, wie z.B. schwermetallfreie Farbpigmente bei Haushaltsgeräten.

Bemühungen auf diesem Feld setzen also zunächst beim einzelnen Unternehmen an und weiten sich dann in die Region oder auch überregional entsprechend der bestehenden Geschäftsbeziehungen.

Der Prozeß innerhalb des Unternehmens ist dabei immer ähnlich. Zunächst ist ein Überblick über die eigenen umweltrelevanten Tätigkeiten, eingesetzten Produkte und Stoffe, den Ressourcenverbrauch und Umweltwirkungen erforderlich. Dann stellt sich die Frage nach den Verantwortlichkeiten im Unternehmen, also wer macht was. Werden dann neue Ziele formuliert, können die Ansatzpunkte gefunden werden. Dabei stellt sich die Frage, an welcher Stelle im Unternehmen welche Handlungsspielräume beste-

hen und wo - etwa durch Kooperation - neue Handlungsspielräume geschaffen werden können. Solche Unternehmen nehmen freiwillig an externen Kontrollen teil und gehen Selbstverpflichtungen hinsichtlich gewisser ökologischer Standards ein. So stellte einer der größten Babynahrungshersteller - Hipp - sich vollständig auf die Verwertung von Produkten aus ökologischem Anbau um. In der Autoindustrie gibt es Selbstverpflichtungen hinsichtlich des Benzinsverbrauchs der Modelle (es wurde die Zahl von 5,9 Liter bis zum Jahr 2005 genannt). Kritiker wenden hier ein, daß viel mehr möglich wäre, die Automobilindustrie wiederum will dieses Mehr von der Verbesserung von Rahmenbedingungen abhängig machen.

An dieser Stelle kommt die Frage des Zusammenspiels (oder auch der Behinderung!) von Umweltmanagement und Politik/Gesetzgebung ins Spiel. Umweltpolitik und -gesetzgebung werden kontraproduktiv, wo sie ein unentwirrbares Gestrüpp von Einzelregelungen schaffen, die weder stringent kontrolliert noch überhaupt gesetzeskonform gehandhabt werden können. Die „Angst“ vor Strafverfolgung ist nachweislich kein starkes Motiv ökologischen Handelns, zumal dann, wenn der Eindruck entsteht, daß man den Auflagen eh nicht nachkommen kann und eh mit einem Bein im Gefängnis steht. Wenn Unternehmer sowieso mit dieser Situation leben müssen, setzt letztlich ein allzumenschlicher Verdrängungsmechanismus ein.

Förderung ökologischer Wirtschaft besser als Reglementierung

Ohne daß damit generell die strafrechtliche Dimension des Umweltschutzes negiert werden soll, ist doch zu sagen, daß das Schwergewicht von Politik und Gesetzgebung darauf liegen müßte, ökologisches Verhalten von Unternehmen zu fördern, die Mitarbeit der Wirtschaft am Umweltschutz, bei der Schonung von Energie und Ressourcen herauszufordern. Man mag die Wirkung unseres Kreislaufwirtschaftsgesetzes kritisch hinterfragen, der Ansatz, soweit er das Skizzierte versucht, ist nicht verkehrt. Die Förderung der ökologischen Aktivität der Wirtschaft ist wichtiger als allerlei neue Umweltsiegel. Manches, was in dieser Hinsicht geschieht, ist eher ein Rückschritt, eher Ausdruck eines mangelhaften Ernstnehmens der Öffentlichkeit. Wir brauchen einen konkreten Dialog der Unternehmen mit der kritischen Öffentlichkeit in der Region und mit kritischen Kunden, die sich ihrer Verantwortung beim täglichen Einkauf bewußt sind.

Es geht nicht darum, zu Überreaktionen neigen den Aktionismus zu provozieren, wie es heute nur zu oft geschieht, wenn die Politik das Thema Ökologie aufgreift. Dann werden - zur Beruhigung der Öffentlichkeit - manchmal auch objektiv sinnlose, dafür äußerst kostenintensive Maßnahmen durchge-

setzt. (So beispielsweise nach einem Chemie-Unfall bei Höchst: Die Reinigung von zwei Tankschiffen erforderte gemäß Behördenauflage den Bau einer Spezialhalle um die Schiffskörper herum. Drinnen herrscht Unterdruck, die Arbeiter müssen Schleusen passieren.)

Die individuelle Ebene: Soll die Zukunft im positiven Sinne gestaltet werden - und es ist offensichtlich, daß sie sich aus dem Bestehenden nicht von alleine gestaltet - hängt alles davon ab, den Mut zur Initiative und das Verantwortungsgefühl für das eigene Handeln zu fördern. Diese Mitverantwortung wird auf der einen Seite von dem traditionellen Macht- und Problemlösungsanspruch („Wir müssen entscheiden!“) von Unternehmensführungen behindert. Auf der anderen - individuellen - Seite aber gibt es auch Angst und Bequemlichkeit, mangelndes Bewußtsein, Verhaftung in Vorurteilen, die die wachsende Mündigkeit noch nicht tragen. Viele leitende Mitarbeiter haben immer noch Angst, ökologische Entscheidungen zu verantworten, wenn sie sich nicht sofort rechnen, und unterliegen damit einem zunehmenden marktwirtschaftlichen Druck, dem nur mit grundsätzlich neuen Überlegungen - auch zu den Spielregeln des Wirtschaftslebens - begegnet werden kann. Ein Unternehmen braucht Zeit, um sich zu entwickeln - und wir müssen lernen, daß Maßnahmen nicht deshalb sinnlos sind, weil sie erst nach längerer Zeit „Erfolg“ bringen. Hier muß Bewußtsein verändert werden (und objektiv im Sinne der Herstellung von Zeitdruck wirkende Mechanismen müssen überwunden werden!).

Was ist „Sustainable Development“?

Der Begriff „sustainable development“ (übersetzt als nachhaltige, dauerhafte oder zukunftsfähige Entwicklung) wurde im Kontext verschiedener Bemühungen der UNO kreiert [1980], wie auch populär gemacht. Diese Bemühungen zielten darauf, globale Probleme der Umweltzerstörung wie die Abholzung tropischer Regenwälder, Zerstörung des Artenreichtums, Treibhauseffekt einerseits sowie sozio-ökonomische Probleme der Armut und Verelendung in den sogenannten unterentwickelten Ländern andererseits im Zusammenhang zu betrachten. [...] Die Vorschläge zur Problemlösung sollten sich daran orientieren, das Ziel der Umwelterhaltung nicht gegen das Ziel der Grundbedürfnissicherung auszuspielen [...]. ‘Nachhaltigkeit’ bringt dabei stärker die ökologische Dimension des Problems zum Ausdruck, ‘Entwicklung’ stärker die ökonomische und soziale Dimension.

Aus: Klaus Sauerborn: „Sustainable Development“ (Nachhaltige Entwicklung) - Eine neue Leitidee für sozial-ökologisches Wirtschaften? NARET-Diskussionspapier Nr. 2, Uni Trier, ²1994, S. 8.

Der Trend zu flachen Hierarchien und horizontaler Kommunikation mag die Entwicklung von individueller Verantwortung erleichtern, löst aber das

Problem allein noch nicht, da es letztlich immer um das Bewußtsein des Einzelnen, die Weite seines Weltverständnisses geht.

Die Forderungen nach „Sustainable Development“ und „Continual Improvement“ müssen auf der individuellen Eben deshalb ergänzt werden durch die Forderung nach „lebenslangem Lernen“.

Das Konzept der ökologischen Steuerreform

Zu diesem Thema referierte **Gerald Häfner**, Bundestagsabgeordneter in der Fraktion der Grünen. Er führte sinngemäß das Folgende aus:

Ökonomie und Ökologie

Die ökologischen Probleme drohen uns immer mehr über den Kopf zu wachsen: Die Zerstörung des Ökosystems schreitet voran, das Artensterben geht weiter, das Ozonloch wächst - auch über der Nordhalbkugel der Erde. Umweltbedingte Katastrophen wie Überschwemmungen nehmen zu. In den letzten 50 Jahren hat die Menschheit mehr Energie und Rohstoffe verbraucht als in ihrer ganzen vor diesem Zeitraum liegenden Entwicklung. Kürzlich haben sich Vertreter der Versicherungswirtschaft an die Öffentlichkeit gewandt und darauf aufmerksam gemacht, daß umweltbedingte Schäden dramatisch steigen und die Weltwirtschaft bedrohen.

Über den Ernst der Lage herrscht im wesentlichen Konsens. Strittig sind allerdings die zu ziehenden Konsequenzen. Deutlich ist, daß ein schneller Kurswechsel unbedingt erforderlich ist. Internationale Beratungen wie die Weltklimakonferenz können sich jedoch nur schwer auf durchgreifende Maßnahmen verständigen und ziehen im wesentlichen, so positiv es ist, daß sie überhaupt stattfinden, weitere Konferenzen nach sich.

Die Lage erfordert auch das Abschiednehmen von liebgewordenen Vorurteilen und Einseitigkeiten. Lange Zeit hat die ökologische Bewegung „die“ Wirtschaft für das Desaster verantwortlich gemacht. Inzwischen sehen sowohl die Ökologen als auch die Ökonomen ihr gegenseitiges Verhältnis differenzierter. Wir alle sind Bestandteil der Weltwirtschaft, wir können aus ihr nicht aussteigen. Leben und Arbeit, ganz ohne Naturverbrauch, das ist eine Illusion. Was aber notwendig ist, das ist die Erhaltung der Bedingungen menschlicher Entwicklung (die nicht zuletzt durch und in der Arbeit geschieht) auf der Erde. Auch die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die längst kein konjunkturelles Phänomen mehr ist, ist nicht zuletzt ein Problem der Menschenwürde.

Die Frage kann heute nur so gestellt werden: Wie ist es zu erreichen, daß Wirtschaft umweltverträglicher wird und selber ökologisch agiert. Der Gedanke

einer Kreislaufwirtschaft, einer „nachhaltigen Entwicklung“ ist der Versuch einer Wiederannäherung von Ökologie und Ökonomie.

Obwohl es immer noch viel Ignoranz in Unternehmen gibt, verstehen manche Vertreter der Wirtschaft die ökologische Problematik heute besser als früher. So stießen Vertreter der bayrischen Grünen vor Jahren noch bei Gesprächen mit dem Rüstungskonzern Krauss-Maffei auf völliges Unverständnis, etwa mit Vorschlägen zur Rüstungskonversion (Entwicklung von Umwelt- statt Rüstungstechnik). Heute - nachdem das Ende des Kalten Krieges den Rüstungsboom beendet hat und der Konzern nur noch ca. 25% seines Umsatzes im Bereich der Wehrtechnik macht - begreift man, daß Umwelttechnik zu einer Frage unternehmerischer Überlebensstrategie geworden ist. Man setzt auf die Grünen geradezu Hoffnungen in bezug auf die Gestaltung politischer Rahmenbedingungen und die Erschließung neuer Märkte. Es ist z.B. klar, daß im Bereich des Flugzeugbaus Energieeinsparungen zum großen Thema werden. Gegenwärtig investieren die Fluglinien aber nicht in neue Technik, da Flugbenzin durch unser Steuersystem im Grunde hochsubventioniert wird und ein Umstieg deshalb ökonomisch nicht als sinnvoll und möglich erachtet wird. So kostet heute der Liter Flugbenzin immer noch ca. 35 Pfennig (1 l Autobenzin = ca. 1,50 DM).

Am besten würde die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie wohl gelingen, wenn Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft ökologische Verantwortung übernehmen. Die schlechteste Lösung wäre dagegen die Einmischung des Staates in das Wirtschaftsgeschehen, denn Wirtschaft ist nicht von außen planbar. Sie ist nichts Starres, das Sich-In-Ihr-Bewegen ist eher ein Jonglieren.

Eine legitime Aufgabe des Staates besteht allerdings darin, der Wirtschaft einen Rechtsrahmen zu setzen, der der Ausbeutung und Zerstörung der Natur Grenzen setzt. Dieser Rechtsrahmen darf - im Gegensatz zu den Fragen des Wirtschaftens selbst - nicht von den Betroffenen entschieden werden. Die Frage eines Tempolimits z.B. ist eine Frage an die Rechtsgemeinschaft als ganze, nicht an Autoindustrie und Kraftfahrer.

Ökologischer Umbau des Steuersystems

Solange man nicht die realistische Aussicht auf einen globalen Umbau der Wirtschaft in Richtung auf eine assoziative Selbstverwaltungswirtschaft sieht, besteht ein Mittel und erster Schritt zur Erreichung eines umweltverträglicheren Wirtschaftens in der Einwirkung auf unternehmerische Entscheidungen mit Hilfe der Steuerpolitik. Wenn knappe Güter und Ressourcen und Umweltverbrauch verteuert werden, dann wird das seine Wirkung auf die Wirtschaft nicht verfehlen. An dieser Stelle entsteht die Frage

nach einem Umbau unseres Steuersystems. EU-weit kommt der Löwenanteil der Steuereinnahmen aus der Besteuerung der Arbeit, ein weit geringerer Teil aus der Besteuerung von Einkommen aus Kapitalvermögen, der geringste aus der Besteuerung von Umweltverbrauch (KFZ-Steuer, Mineralölsteuer, Grundsteuer etc.).

Von 1970-1993 sind die Steuern und Lohnnebenkosten um ca. 40% angestiegen. Die Steuerreform ist, wenn man so will, gegen die Arbeit gelaufen. Dies hängt natürlich auch mit den Kosten der deutschen Einheit zusammen, aber keineswegs mit diesen allein. Die Grundsteuer ist z.B. - auch aufgrund des Systems der Einheitswerte - demgegenüber nur unmaßgeblich gestiegen. Selbst der Präsident des Bundesfinanzgerichtshofs Klein spricht heute von der „Undurchschaubarkeit des Steuerrechts“. Manche Kritiker halten Teile unseres Steuerrechts schlicht für verfassungswidrig.

Der Weg über den Umbau des Steuersystems erscheint insgesamt erfolgversprechender als andere Formen staatlichen Eingriffs. Unser Umweltstrafrecht und Umwelthaftungsrecht z.B. greifen kaum, schon weil Verfahren nur zustandekommen, wenn der Geschädigte und der Schädiger eindeutig feststellbar sind. Viele Schäden im Umweltbereich sind aber Summations- und Distanzschäden, bei denen diese Dingfestmachung fast unmöglich ist. Von den doch zustandekommenden Verfahren werden ca. 98% eingestellt. Meist trifft es sowieso nur die Kleinen, während Großunternehmen Strafen aus der Portokasse begleichen.

Andererseits erweist sich die Flut von 10.000 Geboten, Verboten und Verordnungen im Umweltrecht als unproduktiv. Wo sie kontrolliert werden, entsteht ein Übermaß an Bürokratie, oft ist aber die Kontrolle auch gar nicht mehr möglich.

Der Weg über den ökologischen Umbau der Marktwirtschaft durch Veränderung steuerlicher Rahmenbedingungen erscheint dagegen praktikabler. Er eröffnet im übrigen auch zahlreiche wirtschaftliche Chancen. Schon heute ist die Altlastensanierung ein florierender Markt, ca. 700.000 Arbeitsplätze hängen am Umweltschutz. Wenn Investitionen in Umwelttechnik über das Steuersystem interessant gemacht werden, können hier zahlreiche weitere Arbeitsplätze entstehen. Wobei zu ergänzen ist, daß wir selbstverständlich anzustreben haben, daß jeder Arbeitsplatz umweltgerecht sein muß, Umweltschutz sich nicht auf bloße Nachsorge reduzieren darf.

Das Hauptproblem ist wie gesagt, daß Umweltverbrauch heute nichts kostet und daß auf der anderen Seite das Steuersystem die Einsparung von Arbeitsplätzen mit einer zusätzlichen Prämie versieht. Vorschläge, die - wie etwa die Maschinensteuer - eher den Einsatz von Arbeit begünstigen, sind bisher nicht realisiert worden.

In welche Richtung muß die Entwicklung gehen?

1. Es geht um einen Umbau des gesamten Steuersystems. Deshalb ist der Terminus „Ökosteuern“ eher irreführend, da er den Anschein erweckt, es ginge nur um die Einführung einer neuen, zusätzlichen Steuerart.

2. Dieser Umbau des Steuersystems muß aufkommensneutral gestaltet werden, der Staat darf also dadurch nicht mehr einnehmen.

Aufkommensneutralität bedeutet natürlich nicht, daß die Steuerbelastung in allen Branchen, allen Unternehmen gleich bleibt, sondern nur, daß unter dem Strich sich die Gesamtsteuerlast nicht vergrößert.

3. Generell muß der Umbau dazu führen, daß Arbeit billiger, Energieverbrauch teurer wird.

Eine aufkommensneutral gestaltete ökologische Steuerreform müßte sofort - so jedenfalls die Vorstellung der Grünen - dazu führen, daß die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5% auf 3,7% gesenkt werden, indem der Bundeszuschuß für die Bundesanstalt für Arbeit entsprechend erhöht wird. Den Vorteil der Senkung teilen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer (letztere durch höhere Nettolöhne). Die Erhöhung des Bundeszuschusses wäre schon insoweit kein Problem, als bisherige offene oder verdeckte Subventionierungen des Energieverbrauchs (z.B. Strom) entfallen würden.

Die Energiesteuer ist ein relativ neutrales Instrument, das einfach und unbürokratisch zu handhaben ist. Man könnte sie z.B. je Giga-Joule berechnen. Es wäre dies einfacher, als der Weg über spezielle Steuern (CO₂-Steuer usw.). Nicht nur spezielle Energiearten, der Energieeinsatz als solcher ist ein Problem. Regenerative Energien wären natürlich auszunehmen. Eine generelle Besteuerung des Energieverbrauchs würde auch die Atomenergie betreffen, also nicht den Umstieg auf diese Energie mit ihren vielfältigen Gefahren noch prämiieren.

Energiebesteuerung ist auch insofern ein Schritt in die richtige Richtung, als Energieverbrauch eben Konsum ist. Damit würde sich das Steuersystem in Richtung einer Ausgabenbesteuerung weiterentwickeln, wie sie z.B. Schumpeter und Steiner gefordert haben.

Der gegenwärtige Trend einer Privatisierung der Gewinne einerseits und der Sozialisierung vieler Kosten, d.h. ihre Abwälzung auf die Allgemeinheit, andererseits würde umgekehrt. Das Mißverhältnis zwischen den Produktionskosten bestimmter Schadstoffe und den Kosten ihrer Beseitigung - etwa aus dem Trinkwasser durch ein kommunales Wasserwerk - ist absolut dramatisch. Die Kostendeckung im Unternehmen ist gegeben, die Gesamtkosten treten aus nur betriebswirtschaftlicher Sicht nicht auf. Indem diese externen Kosten über den Weg der Besteuerung mehr und mehr internalisiert werden, werden sie für die Unternehmen erst zum Problem.

Einwände und Gegeneinwände

Einwände gegen eine solche Steuerreform betreffen insbesondere die Frage, ob sie nicht den „Industriestandort Deutschland“ gefährde. Was an diesem Argument ernsthaft zu diskutieren ist, ist die Frage der Ballung von Nachteilen in bestimmten - energieintensiven - Branchen und in Regionen, die durch solche Branchen dominiert sind. Die rhetorische Frage, ob denn BASF die Deutsche Bank subventionieren solle, ist allerdings abwegig. Insgesamt überwiegen nach Auffassung vieler Experten die Vorteile. Langfristig wird sich eine energieintensive Produktion auch auf den Zukunftsmärkten nicht behaupten können. Die soziale Abfederung notwendiger Anpassungsprozesse erscheint sinnvoller als die Subventionierung fossiler Energien wie der Kohle.

Natürlich ist die Abwanderung von Industrien in Gegenden mit geringeren Öko-Standards eine reale Drohung. Eine Abschottung vom Weltmarkt ist sicherlich eine Illusion. Andererseits sind die Chancen einer Konjunktur für umweltfreundlichere Techniken gewaltig. Das Argument beispielsweise der SPD, der ökologische Umbau des Steuersystems sei prinzipiell nur im Konzert aller europäischen Staaten möglich, ist *so* nicht zwingend. Auch wenn sich ein gutes Stück weit das Schicksal der Energiebesteuerung auf europäischer Ebene entscheiden wird, ist es durchaus denkbar, daß ein Land wie die Bundesrepublik eine Vorreiterrolle übernimmt.

Wesentlich dürfte es sein, die „Energiesteuerschraube“ nicht zu schnell, sondern sukzessive anzuziehen. Dies betonte im Gespräch besonders Henner Ehringhaus¹, mit Ernst Ulrich von Weizsäcker u.a. Autor einer wichtigen einschlägigen Publikation. Auf diese Weise ergäbe sich die notwendige Signalwirkung, Kapitalvernichtung könnte aber weitgehend vermieden, die heutigen Investitionen könnten wenigstens abgeschrieben werden.² Der Anstieg der Besteuerung des Energieverbrauchs kann auch das Problem entschärfen, daß die erhofften Wirkungen der Steuerreform ihre finanziellen

¹ Ehringhaus formulierte auch eine Analogie zwischen der „Integration des Sozialen“ in den Kapitalismus in Form des modernen Sozialstaats mit der heute anstehenden Integration des Ökologischen. Eine These, die vor dem Hintergrund der derzeitigen Krise des Sozialstaats aber sicherlich auch hinterfragt werden kann.

² So werden auch Befürchtungen gedämpft, das etwa Autofahren gänzlich unbezahlbar werden würde. Sinnvoll und notwendig wäre allerdings auch hier, wie Häfner bemerkte, eine Veränderung dahingehend, daß die km-Pauschale nicht nur Autofahrern zugute kommt, sondern nur in Abhängigkeit von der Entfernung Wohnung-Arbeitsplatz bemessen wird, so daß es auch ökonomisch interessant würde, mit Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu fahren.

Vorteile wieder vermindern, wenn auch letztlich - wie bemerkt wurde - die Frage, ob die Kuh gemolken oder geschlachtet werden soll, nicht umgangen werden kann.

Was die Vorteile des Umbaus angeht, so gibt es verschiedene Studien (z.B. auch von Greenpeace) mit unterschiedlichen Szenarios. Diesen Studien zufolge werden durch eine ökologische Steuerreform 500.000 - 1,2 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können, weshalb davon auszugehen ist, daß sich die Lage am Arbeitsmarkt durch die Reform entspannen wird, insbesondere auch, da von der Verbilligung des Faktors Arbeit erhebliche Preissenkungen zu erwarten seien (wobei Häfner davon ausging, daß dadurch auch heute unbezahlbare Reparaturen sich wieder rechnen würden und der Trend der Wegwerfgesellschaft auf diese Weise gedämpft werden könne.)

Der Konsens über den notwendigen ökologischen Umbau des Steuersystems hat sich in der letzten Zeit verbreitert, trotz vielfältiger Widerstände und Bedenken. Teile der Politik und der Industrie - besonders natürlich weniger energieintensive Branchen - ziehen mit. Aber auch die Automobilindustrie hofft auf eine Veränderung der Rahmenbedingungen, die die Herstellung von Autos mit geringerem Benzinverbrauch attraktiver macht, - die sie schon aus Imagegründen bevorzugen würde.

Ein Einzelner hilft wenig, heißt es in Goethes Märchen, sondern nur, wer sich mit anderen zur rechten Stunde zusammenschließt. Die Stunde des Zusammenschlusses für einen Umbau des Steuersystems ist jetzt gekommen.

„Finanzministerium warnt vor Ökosteuern“

So der Titel eines Artikels in der Stuttgarter Zeitung vom 3. Mai 1995. Als Grund für die Ablehnung nannte Staatssekretär Kurt Falthäuser vor allem das hohe Haushaltsrisiko, das entstehe, wenn man bis zu 150 Milliarden DM an Steuermitteln umpole. Außerdem äußerte er rechtliche Bedenken und befürchtete Probleme bei der Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Stattdessen befürwortete er zielgerichtete, punktuelle Ergänzungen des bestehenden Steuersystems unter Umweltsichtspunkten.

Bündnis 90/Die Grünen: Vorschläge für eine ökologische Steuerreform

Die Grünen haben Vorschläge für eine ökologisch ausgerichtete Steuerreform vorgelegt, die am 18. Mai vom Finanzexperten der Fraktion, Rainer Steenblock, begründet wurden. Die Reform soll helfen, Energie zu sparen; gleichzeitig soll sie die Kosten für die Beschäftigung von Arbeitnehmern senken.

- ⇒ Gedacht ist an die höhere Besteuerung von Kohle, Öl, Gas und Atomenergie. Der Strom soll damit zunächst um rund 2 Pfennig je kWh teurer werden. Anschließend soll der Grundpreis jährlich um weitere 7 % besteuert werden.
- ⇒ Die Steuer soll je zur Hälfte nach dem Energiegehalt und dem Ausstoß von Kohlendioxid berechnet werden, wobei Gas weniger belastet würde. Für die Atomenergie ist ein Gefährdungszuschlag geplant.
- ⇒ Im Verkehrsbereich soll die Mineralölsteuer im ersten Jahr um 50 Pfennige pro Liter Treibstoff erhöht werden und danach um jährlich weitere 30 Pfennige, bis ein Benzinpreis von DM 5,- erreicht ist. Außerdem ist eine leistungsabhängige Abgabe für Lastwagen vorgesehen.
- ⇒ Weiterhin sollen ökologisch schädliche Subventionen abgebaut werden (Steuerbefreiung für Flugbenzin und die Betriebsstoffe in Binnenschifffahrt und Landwirtschaft).
- ⇒ Die erwarteten Mehreinnahmen im ersten Jahr der Einführung werden mit 69 Milliarden DM geschätzt.
- ⇒ Über die Verwendung dieser Beträge wird in der Fraktion noch debattiert, wobei es grundsätzlich zwei Möglichkeiten gibt:
 - ⇒ a) zweckgebundene Verwendung (Förderprogramme für die Umstellung von Industrie und Haushalten auf bessere Energieanlagen, Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme).
 - ⇒ b) Direkte Entlastung von Verbrauchern und Unternehmen durch die Senkung anderer Steuern und Abgaben.
- ⇒ Außerdem denkt man an Umstellungshilfen für besonders betroffene Industrien (Chemie).
- ⇒ Gegenwärtig gibt es starke Tendenzen, zunächst jeweils die Hälfte des Aufkommens für a) und b) auszugeben und b) später zu erhöhen. Dies würde aber zunächst einmal zur weiteren Erhöhung der Staatsquote führen, was wohl vielfach für indiskutabel gehalten werden wird.
- ⇒ Der Rückfluß der Mehreinnahmen soll u.a. durch eine Erhöhung des Bundeszuschusses zur Sozialversicherung gewährleistet werden, der Beitragssenkungen ermöglicht. Einkommensschwache Haushalte sollen nicht schlechter gestellt werden als heute.

Nach: „Ökosteuern der Grünen soll Energiesparen fördern“, *Stuttgarter Zeitung* vom 19. Mai 1995, S. 2.

Görres/Ehringhaus/Weizsäcker: Der Weg zur ökologischen Steuerreform

1. Die westlichen Industriestaaten sehen sich heute mit einem doppelten Problem konfrontiert: der Übernutzung der Natur und der Unternutzung der Arbeit. Beide Probleme sind dauerhaft und gravierend. [...]

2. Der wesentliche Grund für die Übernutzung der Natur liegt in der geringen oder fehlenden Berücksichtigung negativer externer Kosten in den heutigen Marktpreisen, zu der der Markt aus eigener Kraft nicht imstande ist. Naturverbrauch ist zu billig. Arbeit ist aus vielen Gründen teuer - nicht zuletzt durch eine exzessiv zunehmende Belastung durch Steuern und Sozialabgaben. [...]

3. Die ökologische Steuerreform sucht diese zweifache Fehlentwicklung zu korrigieren und umzukehren, indem sie Natur verteuert und Arbeit verbilligt. Damit setzt sie bewußt auf das bisher noch viel zu wenig ausgeschöpfte, gewaltige Lenkungspotential des Steuersystems. [...]

4. Bei gleicher Gesamtabgabenlast kann die Gesellschaft dadurch per Saldo *kostenlose* Wohlfahrtsgewinne realisieren, nämlich weniger Umweltbelastung und mehr Beschäftigung. Zu dieser „mehrfachen Dividende“ der ökologischen Steuerreform kommt noch eine „moralische Zusatzdividende“. Die einsetzende Internalisierung der externen Effekte in die Marktpreise mindert das moralische Dilemma, das viele umweltbewußte Marktteilnehmer heute als Konflikt von ökologischer und ökonomischer Rationalität bitter empfinden.

5. Durch die Korrektur der relativen Preise in Richtung „Nachhaltigkeit“ wird überdies ein Innovationsschub eingeleitet. Der gewollte Strukturwandel zugunsten energieeffizienteren Wirtschaftens führt zu einer Modernisierung der gesamten Wirtschaft. Für die Vorreiterstaaten dieses Prozesses können sich daraus langfristige Wettbewerbsvorteile ergeben, da sie zukünftig ohnehin fällige Veränderungen freiwillig antizipieren. [...]

11. [Die mit der Steuerreform erreichten] Energieeinsparungen würden sich auf eine Vielzahl von ökologischen Problemen positiv auswirken, am deutlichsten auf den Treibhauseffekt. Durch die hohe Korrelation des Energieeinsatzes mit den meisten umweltschädlichen Stoffen und Prozessen stellt die Energiesteuer ein hervorragendes „pars pro toto“ gegenüber einem System Hunderte einzelner Ökosteuern dar, das wir ablehnen.

12. Die langfristig erforderliche, grundlegende Neuausrichtung aller Wirtschaftsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit („Ökostrojka“) läßt sich effizient und marktwirtschaftlich nur bewältigen, wenn das Schwergewicht im umweltpolitischen Instrumentenmix verlagert wird: von der Dominanz der Ordnungspolitik zu einem Vorrang der preislichen Steuerung über Umweltsteuern. [...]

23. Der Übergang von der sozialen Marktwirtschaft zur „sozialen und ökologischen Marktwirtschaft“ wird in den Programmen aller Parteien mehr oder weniger explizit eingeschlagen und mit Vorschlägen zur steuerlichen Korrektur der Marktpreisbildung verbunden. [...]

Aus: A. Görres, H. Ehringhaus, E.U. v. Weizsäcker: *Der Weg zur ökologischen Steuerreform - Weniger Umweltbelastung und mehr Beschäftigung. Das Memorandum des Fördervereins ökologische Steuerreform. München 1994, S. 13ff.*

Die Frage nach der Umsetzbarkeit und der Realitätsnähe des Ökosteuer-Konzepts

Udo Herrmannstorfer hatte den Part übernommen, die Konzeption der Ökosteuern kritisch zu hinterfragen. Er führte hierzu sinngemäß folgendes aus:

Ralf Dahrendorf hat jüngst in einem Interview im „Spiegel“ angesichts der gegenwärtigen Krisenlagen von einem notwendigen Paradigmenwechsel, von einer notwendigen Veränderungsbewegung gesprochen. Paradigmenwechsel bedeutet durchgreifenden, „qualitativen“ Wandel, nicht bloß eine raffinierte Perfektionierung des Bestehenden. Wenn wir von Goethes Märchen sprechen, dann dürfen wir ein Motiv darin nicht vergessen: das Opfer der Schlange. Dieses Opfer ist ein Wandlungsmotiv: es gibt kein Heil, wenn wir so bleiben, wie wir sind; es gibt nicht das Neue ohne die Überwindung eines alten Zustandes und eines ihn perpetuierenden „alten“ Denkens. Zum neuen Denken gehört vor allem dies, daß wir begreifen, daß Gesellschaft nicht ein - wie immer „komplexes“ - System darstellt, sondern ein Organismus ist. Wenn wir die Gesellschaft als Organismus begreifen, stellen sich überhaupt erst in aller Schärfe sozialökologische und sozialhygienische Fragen, Fragen nach Heil- und Kränkungsfaktoren im sozialen Leben.

Kritik an einer einseitig ökonomischen Betrachtung und Behandlung von Problemen ergibt sich heute sowohl aus der Perspektive einer (Sozial)-Ethik als aus derjenigen der Ökologie. Das Problem dabei ist das Nebeneinander: Wir haben Lehrstühle für Ethik, für Ökologie, für Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre usw. Wir sind der Auffassung, die Betriebswirtschaftslehre sei ethisch und ökologisch sozusagen neutral und müsse erst von außen durch Ethik in gewisse Schranken verwiesen werden.

Die Wirtschaftswissenschaft macht immer noch zu ihrem Dogma den Satz, daß der homo oeconomicus nur seinem „Selbstinteresse“ folgt. Das ist das Credo der Marktwirtschaft, seine systematische Konsequenz ist das Konkurrenzprinzip und die Ausschließung von Verständigungsprozessen als Gestaltungsmittel der Wirtschaft. Denn der Egoist wird nur initiativ, wenn es um seinen Vorteil geht. Damit die Vorteilsnahme nicht gemeingefährlich wird, muß die Konkurrenz die Vorteile nivellieren. Verständigung ist gefährlich: worüber sollten sich Egoisten sonst verständigen als über die Übervorteilung anderer? - Also hat Wirtschaft als mechanisches Spiel der Marktkräfte zu funktionieren. Insbesondere der Preis muß vor dem gestaltenden Zugriff wirtschaftlicher Gruppen geschützt werden.

Es ist offensichtlich sinnlos, Egoisten Moral predigen zu wollen. Soziale und ökologische Impulse können sie nicht von innen heraus, um der Sache willen entwickeln. Daher gibt es nur den Weg der

Überlistung: Sie bei ihrem Egoismus packen, d.h. am Portemonnaie. Das Ziel ist nicht die Ökologie, sondern der eigene Vorteil. Es gibt hierfür verschiedene Möglichkeiten, für die Energiebesteuerung eine darstellt.¹

Das eigentliche Ziel kann für den homo oeconomicus nicht zum Motiv werden. Wandlung, Entwicklung kommt in diesem Weltbild nicht vor: Die Menschen können, ja müssen so bleiben, wie sie sind. Das ist nur scheinbar realistisch, denn so sehr die Blindheit gegenüber dem Egoismus unrealistisch ist, so unrealistisch ist auch die Blindheit gegenüber dem menschlichen Freiheitspotential und menschlicher Entwicklungsfähigkeit. Es ist zunächst zu fragen, was wirklich gewonnen wird, wenn die Menschen das „ökologisch Gute“ nur aus Billigkeitsgründen kaufen.

Ökosteuern - kein „Patentrezept“

Damit wird nicht gesagt, daß es falsch sei, Umweltverbrauch - „künstlich“ - zu verteuern (künstlich deshalb, weil die Marktbedingungen durch Eingriff von außen verändert werden). Man muß sich nur davor hüten, hierin schon die Lösung des Problems der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie sehen zu wollen. Diese ist nur zu haben, wenn es gelingt, das ökologische Anliegen zum Anliegen der Wirtschaft selbst zu machen. Man sollte mißtrauisch sein gegenüber Patentrezepten, mit denen alle Übel 'aus einem Punkte kuriert' werden sollen. Wenn über ökologische Steuerreform gesprochen wird, dann darf diese jedenfalls nicht als ein solches Patentrezept mißverstanden werden.

Wenn nur das „Ego“ angesprochen wird, wird eben vielfach Unökologisches, auch wo es teurer ist, als immer noch vorteilhafter betrachtet werden als Ökologisches. Auch kann man die Überlegung eben doch nicht einfach abtun, daß „Öko-Steuern“ immer noch öko-unfreundliche Produktion erfordern. Wenn nur noch regenerierbare Energien verwendet werden, fallen eben keine Steuererträge mehr an. Es sind ähnliche Probleme, wie sie sich heute in den Fragen, die sich um Müllvermeidung oder Recycling drehen, stellen. Die Frage nach dem Melken oder Schlachten der Kuh läßt sich in der Tat nicht umgehen.

Ebenso wenig zu umgehen ist die Frage des Bewußtseins. Marktwirtschaft ist ein Anti-Bewußtseinsprinzip: Mechanik der Marktkräfte versus bewußte Gestaltung. Nun ist die ökologische Frage aber gerade eine Möglichkeit des Wachwerdens für wirtschaftliche Zusammenhänge und ihre bewußte

¹ Eine andere ist beispielsweise das Handeln von Emissionswerten: Es werden Berechtigungsscheine auf ein bestimmtes Quantum an Schadstoff-Emission ausgegeben. Unterschreitet ein Unternehmen den Emissionswert, kann dies als Berechtigungsschein an ein Unternehmen weiterverkauft werden, das gegenwärtig noch nicht in der Lage ist, in entsprechende Filteranlagen zu investieren. Der potentielle Verkaufserlös aus solchen Berechtigungsscheinen kann bei der Planung von emissionsbegrenzenden Investitionen schon einkalkuliert werden.

Gestaltung, für eine Weitung des Blicks über die betriebswirtschaftliche Sichtweise hinaus. Das Konzept der „Internalisierung externer Kosten“ ist daher durchaus zwiespältig. Es stellt den Versuch dar, die ökologische Frage nicht gesamtwirtschaftlich, sondern betriebswirtschaftlich anzugehen. Einerseits kann dieses Konzept vielleicht zum Abbau unökologischer Verhaltensweisen beitragen, andererseits kann es aber auch die Bewußtseinsverdunkelung gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Frage aufrechterhalten und damit den notwendigen Paradigmenwechsel hinauszögern.

„Steuern“ ist ein mehrdeutiges Wort. In ihm steckt mehr als Geldabschöpfen, in ihm steckt das Problem der Steuerung der Ökonomie durch menschliche Vernunft. Es geht um mehr als um den Umbau des Steuersystems. Wenn eine wirkliche Entwicklung ausgelöst werden soll, muß der *Umbau der Wirtschaft* angepackt werden.

Ökologische Seriösität oder Sanierung der Staatsfinanzen?

Steuern im gewöhnlichen Wortsinn sind ein Instrument zur Finanzbeschaffung für den Staat. Jetzt sollen Steuern mehr sein, nämlich ein ökologisches Steuerungsmittel, allerdings ohne ihre Finanzbeschaffungsfunktion einzubüßen. Dadurch erscheinen viele Stellungnahmen aus der Politik zu diesem Thema als doppelzünftig. Eine Verteuerung von Benzin z.B. wäre an sich sinnvoll, wenn Preise - um ein Wort Ernst Ulrich von Weizsäcker zu verwenden - auch die ökologische Wahrheit sagen sollen. Aber solange das auf diese Weise eingesammelte Geld ohne Zweckbindung im allgemeinen Staatshaushalt verschwindet, bleibt systematisch unklar, worum es eigentlich geht: um ökologische Seriösität oder um die Sanierung des Staatshaushalts.

Ökologische Steuerreform darf nicht dazu führen, daß neue Finanzquellen für die allgemeine Staatlichkeit geöffnet werden. Was spricht eigentlich gegen eine zweckgebundene Erhebung ökologisch ausgerichteter Steuern - oder, wenn man das Instrument der Steuern für unvereinbar mit Zweckbindung hält, wie Otto Schily das tut, gegen einen zweckgebundenen Öko-Zins? Zweckbindung würde hier heißen: auf diese Weise gesammelte Gelder kommen tatsächlich auch ökologischen Zielsetzungen zugute. Korrekturen des Produktionsorganismus, umweltfreundliche Technik usw. kosten Geld. Warum sollte nicht ein Teil dieses Geldes auf eine solche Weise aufgebracht werden?

Es geht heute in der Tat nicht nur um Steuern, sondern um Steuerung: Diese ist jedoch bei politischen Gremien am schlechtesten aufgehoben, in denen auf Wahltermine geschielt wird. Politik kann allenfalls gewisse Grenzziehungen für das Wirtschaftsleben vornehmen, dieses aber niemals „steuern“. Diese Bemerkung gilt nicht nur für die Planwirtschaft, innerhalb derer die Staatsbürokratie un-

mittelbar „steuert“, sie gilt auch gegenüber den steuernden Eingriffen in Märkte. Wohin diese führen, lehrt die Landwirtschaftsbürokratie der EU. Die „subventionierte Unvernunft“ der EU-Landwirtschaftspolitik ist die klassische Folge der Auffassung von Gesellschaft als ein komplexes System, in dessen Abläufe von außen eingegriffen werden kann, so als wären diese von einem Punkt aus überschaubar. Da dies nicht möglich ist, zieht jeder Eingriff unerwartete Folgen nach sich, die eine noch feinmaschigere Regelung zur Folge haben, - ein Teufelskreis.

Wir brauchen Organe objektiven Gemeinsinns im Wirtschaftsleben, damit die Ökologie zum Anliegen der Wirtschaft selbst werden kann

Steuerung hat zur Voraussetzung die Bildung von Organen, in denen Gestaltungsaufgaben angepackt werden können. Die Frage nach der Bildung solcher Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft selbst kann unmöglich umgangen werden.

Wenn man Aufkommensneutralität anstrebt, dann kommt es auf sie nicht nur als Ergebnis an, entscheidend ist, aus welchem Prozeß heraus sie entsteht. Wir kommen letztlich immer auf Fragen der Verteilung der Wertschöpfung. Welcher Anteil der Wertschöpfung für die Renten, für die Löhne, die Steuern, die Förderung von Öko-Technik zur Verfügung steht, ist eine Teilungsfrage. Es gibt keinen Mechanismus, der es uns ersparen würde, diese Teilung bewußt vorzunehmen. Die Form der Ausgabensteuer würde diese Bewußtmachung erleichtern, denn sie setzt schon der Form nach bei der Verteilung des Erreichten an, greift nicht in die Entlohnung ein. Wir müssen Verteilungsfragen auf gesamtwirtschaftliches Niveau heben. Nur dann werden wir auch tragfähige Reformen des Steuerwesens entwickeln können.

Ein ökologischer Umbau der Wirtschaft ist nicht möglich ohne die Entstehung zeitweiliger Disproportionen. Es werden Arbeitsplätze entfallen, nicht nur neue entstehen. Wo sind heute die Organe, wo über diese Prozesse so gesprochen werden kann, daß sie dadurch gestaltbar werden?

Wenn wir Energie über Steuern verteuern, dann stellt das einen Eingriff in das Preisgeschehen dar. Die Preise, die betriebswirtschaftlich entstehen, sollen unter überbetrieblichen Gesichtspunkten korrigiert werden. Es geht um gesamthaft abgewogene Preise. Die Preisbildung darf nicht nur betriebswirtschaftlich richtig sein, sie muß insgesamt richtig sein. Damit ist die Frage auf die Tagesordnung gesetzt, ob wir nicht eine ganz neue Art des Umgangs mit dem Preisproblem entwickeln müssen. Heute ist der Preis das Ergebnis des Marktmechanismus, die Frage nach einer bewußten sozialökologischen Preisgestaltung aus Verständigungsprozessen der Wirtschaftspartner heraus tritt nicht auf. Heute ist für gesamthafte Preisfragen nicht die Wirtschaft

zuständig, allenfalls die Bundesbank, die zur Inflationsdämpfung eine Politik des knappen Geldes verfolgen kann.

Die Warnung, in „Ökosteuern“ kein Allheilmittel für alle Übel zu sehen, muß sich auch auf die erwarteten Effekte für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit beziehen. Die Arbeitslosigkeit ist ein Ausdruck dafür, daß wir es noch nicht gelernt haben, mit den Freiräumen der Produktivität richtig umzugehen. Es kann nicht darum gehen, die 5 Millionen Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen, Vollbeschäftigung durch Wachstum erreichen zu wollen. Es gilt vielmehr Formen zu finden, die durch die Produktivitätsentwicklung freierwerdende Zeit zu nutzen. Bildungs- und Sozialzeiten wären hierzu beispielsweise ein Weg.²

Entwicklung ist mehr als Wachstum

Im Begriff des „Sustainable Development“ ist nach wie vor Wachstum als Selbstzweck mitgedacht, bloß daß dieses Wachstum eben „nachhaltig“, umweltverträglich, sein soll. Die Absolutsetzung äußeren Wachstums aber gilt es gerade zu hinterfragen. Leben ist nicht ewiges Wachstum. Leben ist Entwicklung, die Evolution, Devolution und Involution einschließt, bei der sich äußere Wachstumskräfte auf bestimmten Stufen in innere Entwicklungskräfte metamorphosieren, wenn nicht krankhafte Tendenzen Platz greifen sollen. Qualitätsfragen können nicht auf Quantitätsfragen reduziert werden.

Wir dürfen die großen Fragen des Umbaus der Wirtschaft nicht umgehen: Wie kann eine Selbstverwaltungs-Vertragswirtschaft entstehen, die die Konkurrenz durch Zusammenarbeit, machtorientierte Interessenbündelung durch Interessenausgleich ersetzt? Wie kann die Würde der Arbeit gesichert, der Warencharakter von Arbeit überwunden werden? Die Art und Weise, wie wir solche Fragen praktisch beantworten, erzeugt ein ganz bestimmtes - gesundes oder kränkendes - Sozialklima. Wir müssen lernen, die Frage nach dem Sozialklima als Bestandteil der Weltklimafrage zu betrachten. Die Frage nach der Schädlichkeit treibender Düngemittel in der Landwirtschaft z.B. muß durch die andere Frage ergänzt werden, ob wir über die Verselbständigung von Geldprozessen nicht heute zuviel „Stickstoff“ in unserer Wirtschaft haben...

Weltwirtschaft - ökologisch und sozial

Angesichts der ökologischen Katastrophenlage ist globales Denken gefordert, dieses ist aber auch in bezug auf die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge erforderlich. Unsere heutige Art, Weltwirtschaft zu denken und zu entwickeln bildet das Gegenteil einer sozial-ökologischen Herangehensweise.

Seit dem 1.1. 1995 gibt es als Ergebnis der Uruguay-Runde des GATT die WTO (World Trade Organisation). Der GATT ist angetreten, Handelshemmnisse zu beseitigen und den freien Weltmarkt zu fördern. Freier Weltmarkt ist heute der Inbegriff für ein neues Nomadentum, das in der Endkonsequenz bedeutet: Eine Produktionskarawane zieht jeweils dorthin, wo die Arbeit am billigsten, die sozialen und Umweltstandards niedrig sind.

Das Überleben von Regionen, die im Grunde „Soziotope“ darstellen, ist bei diesem Kalkül keine Zielgröße des Wirtschaftens. Aber man kann nicht Regionen stilllegen, wenn nicht schwere Gleichgewichtsstörungen der Weltwirtschaft die Folge sein sollen. Es ist eine sozialökologische Unmöglichkeit, wenn heute Export stattfindet ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Region, in welche exportiert wird. In Rußland beispielsweise wird massenhaft Ware aus dem Westen und Fernost eingeführt, während gleichzeitig die heimische Landwirtschaft und Industrie darniederliegt, Produktionskapazitäten nur zum geringen Teil ausgelastet sind. Auf diese Weise entstehen schwere Ungleichgewichte. Die freie Konvertierbarkeit der Währungen heute bedeutet: Niemand muß in Brasilien oder Rußland wieder kaufen, der dort verkauft hat. Das kann nicht gut gehen. Wir müssen lernen, in menschheitlichen Dimensionen zu denken. Weltwirtschaft ist kein anonym Markt, sondern ein Geflecht von gegenseitigen Abhängigkeiten, von Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfeleistung. Wir müssen Organe ausbilden, die es ermöglichen, diese Zusammenarbeit zu gestalten, die Gleichgewichtsbedingungen bewußt immer neu herzustellen, Entwicklung von Lebensräumen zu ermöglichen und zu schützen.

Solchen Überlegungen tritt man vielfach mit dem Reizwort „Protektionismus“ entgegen, als sei nicht alles Lebendige für seine Entwicklung auf Phasen des Schutzes angewiesen, also auch sich entwickelnde wirtschaftliche Lebenszusammenhänge. Der Anti-Protektionismus ist im Grund eine Waffe derer, die sich schon entwickelt haben - meist unter Bedingungen starker Protektion - gegen die noch nicht Entwickelten. Er ist, so, wie er auftritt, ein Entwicklungsverhinderungsprinzip.

Ein Ergebnis der letzten GATT-Runde waren die Abkommen über geistiges Eigentum und Dienstleistungen (TRIPS und ZIPS), die im Grunde das know how, die Stärke der reichen Länder, vor Produktpiraterie usw. der armen Länder schützen. Dafür wurden die Schutzbedingungen für die Landwirtschaft preisgegeben, wovon die armen Länder sich verstärkte Agrarexportmöglichkeiten erhoffen. Beides ist antiökologisch: Landwirtschaft wird rücksichtslos ökonomisiert, Landschaftspflege allenfalls noch durch Direktzahlungen abgeltbar. Der Schutz des know how führt dazu, daß Entwicklungsländer Umweltzerstörungsquoten fordern, da ihnen der teure

²Vgl. hierzu den Dreigliederungs-Rundbrief Nr. 3/4/ 1993 und 4/1994.

Einsatz der ökologisch fortschrittlichsten Technik unzumutbar sei. Wer für die Verbreitung von Ökotechnik sorgen will, müßte das know how dafür den armen Ländern gerade unentgeltlich zur Verfügung stellen, also Patente verschenken...

Spirituelle Dimensionen - das Opfer der Schlange

Zu den großen Fragen, die nicht umgangen werden können, gehört auch diejenige nach der spirituellen Dimension des Mensch-Natur-Verhältnisses. „Die Natur braucht uns nicht, wir brauchen die Natur“ ist ein bekannter Slogan in der Ökologie-Bewegung. Betrachtet man diesen Slogan genauer, dann spiegelt sich in ihm ein trostloses Welt- und Menschenbild: das einer richtungsblinden und bewußtlosen Natur-evolution, in der der Mensch mit seiner Entwicklung ein ökologisches Gefahrenpotential darstellt. Aber ist die wahre Frage die nach dem Schutz der Natur vor dem Menschen? Erfüllt sich der Sinn der Natur-entwicklung nicht erst in der Entwicklung des freien Menschen? In diesem Sinne formulierte R. Steiner in seinem „Seelenkalender“:

Es spricht zum Menschen-Ich
Sich machtvoll offenbarend
Und seines Wesens Kräfte lösend
Des Weltendaseins Werdelust:
In Dich mein Leben tragend
Aus seinem Zaubermanne
Erreiche ich mein wahres Ziel.

Der Begriff nachhaltiger Entwicklung darf nicht auf die Entwicklung ökonomischer *Verhältnisse* reduziert werden, sondern Entwicklung muß als menschliche Entwicklung gefaßt und verstanden werden.

Die Entropie nimmt zu - dieser Trend materieller Entwicklung ist nicht korrigierbar. Schon deshalb muß der Entwicklungsbegriff tiefer gefaßt werden. Wirtschaft ist eben nicht nur das, als was sie unmittelbar erscheint, der Ort der Herstellung von Gütern, ihrer Zirkulation und ihres Konsums. Indem dieser Prozeß von Produktion, Zirkulation und Konsumtion heute ein globales Netz weltweiter Arbeitsteilung geworden ist, ist Wirtschaft immer mehr zugleich das große Feld der Entwicklung menschlicher Zusammenarbeits-, ja Liebefähigkeiten. Was heute als Tummelplatz der Egoisten erscheint, ist in Wahrheit die große Schule der Selbstlosigkeit - gegenüber Mitmenschen und Mitwelt.

Ist der ökologische Umbau des Steuersystem eine erste Stufe auf dem Weg in eine menschengemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung? - Diese Frage kann nicht einfach mit Ja oder Nein beantwortet werden. Vielleicht sollte anders gefragt werden: Was müssen wir tun, damit es nicht bei einer Stufe bleibt, sondern eine Treppe zustandekommt?

Nur, wenn wir so fragen und wenn wir der Frage gemäß agieren, werden wir verhindern können, daß das Zauberwort „Ökosteuer“ nur zum Vorwand wird, den notwendigen Paradigmenwechsel vor uns herzuschieben. Dieser Paradigmenwechsel beinhaltet den Übergang vom bloßen Wachstum zur Entwicklung, von der Konkurrenz zur Zusammenarbeit und zu einer sinnvollen Preisgestaltung aus Verständigungsprozessen der Wirtschaftspartner heraus. Über den notwendigen Wandel muß hier und jetzt gesprochen werden, denn „es ist an der Zeit“. Ohne das Opfer der Schlange kann die Brücke, über die wir in eine soziale Zukunft schreiten können, die diesen Namen verdient, nicht geschlagen werden.

Al Gore: Wege zum Gleichgewicht

Wenn eine nachhaltige Entwicklung praktikabel sein soll, müssen wir also ganz offensichtlich unsere Haltung zur Wirtschaftspolitik verändern. Bei aller nächster Gelegenheit sollten die Regierungschefs der Welt und ihre Wirtschaftsminister zu einem Weltgipfeltreffen zusammenkommen und neue Denkansätze für diese Herausforderung diskutieren, und dabei sollte die Einführung neuer wirtschaftlicher Spielregeln auf der Tagesordnung stehen. Meine Vorschläge lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die Definition des Bruttosozialprodukts sollte so verändert werden, daß sie auch umweltrelevante Kosten und Nutzen einschließt.
2. Die Definition von Produktivität sollte so geändert werden, daß sich darin Berechnungen des Fort- oder Rückschritts in Umweltfragen wiederfindet. [...]
4. Die Regierungen sollten staatliche Ausgaben abschaffen, mit denen umweltgefährdende Tätigkeiten subventioniert oder gefördert werden.
5. Die Regierungen sollten für mehr und genauere Informationen über die Umweltverträglichkeit von Produkten sorgen und diese Informationen an die Verbraucher weitergeben.
6. Die Regierungen sollten Maßnahmen ergreifen, um die umfassende Aufklärung über die Verantwortung der Firmen für Umweltschäden zu fördern. [...]
10. Aspekte der Umwelt sollten unter die Kriterien aufgenommen werden, nach denen die internationalen Finanzinstitutionen Anträge auf Entwicklungshilfe begutachten.
11. Die Regierungen sollten sich stärker des Austausch „Schulden gegen Natur“ bedienen, um Verantwortung für die Umwelt als Gegenleistung für Schuldenerlaß zu fördern.
12. Die Regierungen sollten in einem internationalen Abkommen Grenzen für die CO₂-Emissionen der einzelnen Länder festlegen und einen Markt für den Handel mit Emissionsrechten schaffen, an dem sich Länder mit höherem Bedarf und solche mit Überschüssen beteiligen.

Aus: Al Gore: *Wege zum Gleichgewicht - Ein Marshallplan für die Erde*. Frankfurt/Main⁴1992, S. 354f.

Otto Schily: Öko-Zins statt Öko-Steuer

Jedoch ist die Einordnung der Ökosteuer in das allgemeine Steuersystem verunglückt. Es wird dadurch das Mißverständnis hervorgerufen, die Ökosteuer diene auch der Beschaffung von Finanzmitteln für staatliche Aufgaben. Die Ökosteuer hat aber ihren ausschließlichen Zweck in der Lenkungswirkung. [...] Selbst wenn sich jedoch eine Ökosteuer in die bisher gebräuchliche Terminologie und Steuersystematik leidlich integrieren ließe, wäre zu fragen, ob wir nicht besser einen anderen Ausdruck, einen anderen institutionellen Ansatz wählen. [...] Die Vermischung von fiskalischen und wirtschaftslenkenden Zwecken in einem Steuergesetz fördert die Verständlichkeit nicht. Eine solche Vermischung unterschiedlicher Normzwecke wird bei Steuern und Strafen vermieden; sie werden säuberlich auseinandergehalten. [...] Die Ausgabe, die der Staat auf umweltbelastendes Verhalten erhebt, sollten wir besser als Öko-Zins bezeichnen und die 'Finanzhoheit' einer für Umweltschutz und Naturerhalt unmittelbar verantwortlichen Institution zuordnen. Als Strafsteuer wäre sie den Geldstrafen eher benachbart als der Steuer, weil letztere den Anteil an den Wirtschaftserträgen für den Staat abzweigen soll, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht und an deren Erhöhung er aus diesem Grund interessiert sein muß, während Öko-Zins und Geldstrafen Sanktionen sind, mit denen der Staat droht, um das Unterlassen bestimmter sozial- und naturschädlicher Handlungen zu erzwingen. [...]

Wenn uns die Stabilität der Natur mindestens ebensoviel wert ist wie die des Geldes, sollte das Umweltbundesamt genauso wie die Bundesbank eine unabhängige Einrichtung werden, die später im Zuge der europäischen Einigung von einer entsprechenden unabhängigen europäischen Institution abgelöst werden könnte. [...] Das unabhängige Umweltbundesamt müßte mit einem ebenso differenzierten Instrumentarium ausgestattet werden, wie es der Bundesbank zur Verfügung steht. [...] Zum Aufgabenbereich des Umweltbundesamtes gehörte es dann, die Höhe eines Öko-Zinses auf umweltbelastende Produkte festzulegen, einen Fonds zu verwalten, in den die Öko-Zinsen einzuzahlen sind, oder Höchstmengen für Emissionen zu bestimmen und dementsprechend befristete Zertifikate zu veräußern oder zu versteigern. Die Fondsmittel, die aus Öko-Zinsen eingingen, müßte das Umweltbundesamt entweder unmittelbar oder mittelbar über die Geschäftsbanken für ökologische Investitionen sowie für Umweltforschung und -entwicklung sowie für andere ökologisch-innovative Zwecke zur Verfügung stellen.

Aus: Otto Schily, *Flora, Fauna und Finanzen - Über die Wechselbeziehung von Natur und Geld*, Hamburg 1994, S. 181ff. und 267f.

Christoph Strawe

Dreigliederung, Frieden und Antifaschismus

Gedanken im 50. Jahr der Befreiung von der nationalsozialistischen Barbarei

Die Feiern zum 50. Jahrestag des 8. Mai liegen hinter uns, jenes Tages, an dem die deutsche Wehrmacht kapituliert und Deutschland und Europa von der Terrorherrschaft der Nazis und vom Krieg befreit wurden. In Moskau, London, Paris, Berlin, bei Feierstunden in einer Reihe von Konzentrationslager-Gedenkstätten wurde dieses Jahrestags gedacht. Es wurde versucht, Lehren aus der Geschichte zu ziehen.

Weltkriegsende und Friedensfrage

Europa hat nach dem Ende des II. Weltkriegs eine geschichtlich einmalige Friedensperiode erlebt. Mit dem Ende des Kalten Krieges scheint die Gefahr gebannt, daß der Kontinent Schlachtfeld einer atomaren Konfrontation wird. Dennoch: auf dem Balkan und in der Kaukasus-Region wird geschossen, in Nordirland, im Baskenland und anderswo bleiben Herde blutiger Konflikte bestehen. Weltweit haben seit dem Ende des II. Weltkriegs mit seinen ca. 54 Millionen Kriegstoten, 90 Millionen Verwundeten und 28 Millionen Krüppeln weitere Abermillionen Menschen bei Aberhunderten bewaffneter Konflikte auf den Kriegs- und Bürgerkriegsschauplätzen die-

ser Welt - von Vietnam bis zum Sudan, vom Sri Lanka bis Mozambique - ihr Leben verloren.

Der Friedensgedanke brachte in den letzten Jahrzehnten viele Menschen in Bewegung, die das Empfinden hatten, der Krieg könne in der Moderne kein Mittel der Problembewältigung mehr sein.¹ Andererseits bemerken wir, daß Frieden mehr sein muß als Nichtkrieg, ja mehr als Abrüstung, daß er vielmehr ein aktiv herzustellender Zustand im menschl-

¹ Menschen mit dieser Empfindungsart leuchtet das Argument unmittelbar ein, das Rudolf Steiner dem Satz von Clausewitz entgegenhielt, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln: Das mache „ebensoviel Sinn, als wenn man sagt: Die Scheidung ist die Fortsetzung der Ehe mit anderen Mitteln“ (GA 328, S.98).

chen Zusammenleben ist. Vielfach ist heute wieder die Ansicht im Wachsen begriffen, daß letztlich die menschliche Neigung zum Unfrieden unausrottbar und Frieden allenfalls temporär, durch Abschreckung, möglich sei. Die Friedensbewegung scheint auf der anderen Seite wie gelähmt: nie nahmen so wenige Menschen an den traditionellen Ostermärschen teil wie dieses Jahr.

Frieden - die Frage nach gesellschaftlicher Umgestaltung

Eine Weltanschauung, die im Menschen nur das hochentwickelte Tier zu sehen vermag und die die Höherentwicklung im Tierreich nur als Resultate des Krieges um die nackte Existenz, des „Struggle for life“ (Darwin), betrachten mag, muß Krieg und Aggression zur nichthintergehbaren menschlichen Grundbefindlichkeit stilisieren: Sozialdarwinismus heißt das Paradigma.²

Rudolf Steiner geht 1905 in einem öffentlichen Vortrag im Architektenhaus in Berlin auf diese Argumente ein.³ Er spricht darüber, wie bestimmte Denker der These vom Krieg als dem Naturzustand die Gegenthese gegenübergestellt haben, daß erst die menschliche Unnatur Zwist in den Frieden der Natur hineingebracht habe (Rousseau), wie die Zoologie selbst (z.B. durch den Petersburger Zoologen Keßler) aufweist, daß in der Natur das Prinzip der gegenseitigen Hilfe eine gewaltige Rolle spielt und daß dieses Prinzip, nicht der Kampf, die einzelne Tierart groß gemacht hat. Die menschliche Aggressivität versteht man gerade nicht - oder jedenfalls nicht allein - durch den Aufweis der Gemeinsamkeiten von Mensch und Tier, sondern im Hinblick auf dasjenige, wodurch sich der Mensch grundlegend vom Tier unterscheidet.

Indem der Mensch das Ich entwickelt, als Einzelner eine Gattung für sich bildet, wie es in der „Philosophie der Freiheit“ heißt⁴, kann er überhaupt erst als Einzelner gegen andere Einzelne kämpfen. In früheren Zeiten war die Bewußtseinsverfassung der Menschen „gruppenseelenhafter“ und der Kampf war der Kampf einer durch Blutsbande verknüpften Gruppe gegen eine andere, gegen die „Fremden“. Innerhalb der Gruppen und Großverbände war so Frieden der normale Zustand, Krieg herrschte nur zwischen ihnen. Erst in dem Maße, wie der Einzelne

²Wobei man sagen muß, daß dieses Paradigma zunächst in einer seinen Urhebern selbst kaum voll bewußt gewordenen Weise aus dem Bereich des Sozialen, aus der Anschauung des wirtschaftlichen Daseinskampfs, ins Tierreich übertragen worden ist, um aus der Zoologie wieder in die Sozialwissenschaften zurückprojiziert zu werden. War es doch zuerst der englische Staatstheoretiker Thomas Hobbes, der den Krieg aller gegen alle, in dem der Mensch als des Menschen Wolf auftritt, als Naturzustand der Gesellschaft betrachtete, war es doch Malthus mit seiner Bevölkerungstheorie, der Darwin zu seiner Evolutionslehre inspirierte.

³R. Steiner: Unsere Weltlage. Krieg, Frieden und die Wissenschaft des Geistes. Berlin, 12. Oktober 1905. In: Die Welträtsel und die Anthroposophie (GA 54). Dornach 1966. Steiner nennt an dieser Stelle auch Ernst Haeckel und Thomas Huxley.

⁴Vgl. das Kapitel „Individualität und Gattung“.

selbstbewußt wird, entwickelt sich der Kampf auch innerhalb der Verbände und zersetzt die alten Gemeinschaftsbande. Der Kampf aller gegen alle ist gerade nicht der Naturzustand, sondern die mit dieser Zersetzung erst entstehende historische Tendenz.

Das heißt aber zugleich, daß der Zustand gegenseitiger Hilfe, der Harmonie des Ganzen, der für die Natur ein Normales ist, für das Menschenreich erst erreicht werden muß! Wurde in früheren Zeiten die menschliche Aggressivität durch den gemeinsamen Geist der alten Gemeinschaften gebändigt und befriedet, so tragen heute diese alten Gemeinschaftsimpulse nicht mehr. Wir bemerken heute, oft erst aufgrund bitterer Erfahrungen, daß Frieden schon in kleinen Gemeinschaften nur durch bewußte Anstrengungen und die Ausbildung neuer Fähigkeiten herstellbar ist. Der selbstbewußte Mensch muß selber friedensfähig werden und aus der Kraft seines Bewußtseins heraus Formen des friedlichen Miteinanders mit dem Mitmenschen finden. Gelingt dies nicht, dann chaotisieren sich die sozialen Verhältnisse, dann wird die These, daß der Mensch des Menschen Wolf sei, aus sozialwissenschaftlicher Theorie zur alles zerstörenden Realität. Wobei sich dieses aggressive Potential zunehmend nicht nur unmittelbar gegen den Mitmenschen, sondern auch gegen die gemeinsamen Lebensgrundlagen richtet: Weltkrieg gegen die Natur aus unbewältigten Egoitätskräften heraus.

Wir stehen vor dem Jahrtausendende, was Krieg und Frieden angeht, in einer Entscheidungssituation, die mit der Zwiespältigkeit unserer Bewußtseinslage zusammenhängt. Das in der Bewußtseinsseele voll erwachende Ich, tendiert zunächst - in seiner Abgrenzungsgebärde vom Nicht-Ich, von Welt und Mitmensch - zur Antisozialität. Die gelingende Geste der Bewußtseinsseele ist der bewußte Brückenschlag zur Welt und zum Mitmenschen, jenes Handeln aus Erkenntnis, durch das sich der Mensch in individueller und mitschöpferischer Weise, andere Wesen fördernd, frei in den Wesenszusammenhang der Welt eingliedert. Die mißlingende Geste ist die Verbunkerung in der eigenen Seele. Zugleich bedarf das sich dergestalt isolierende Ich, weil es die eigene Identität verfehlt, der Stütze von außen: Die Tendenz zum Aufgehen in der Masse ist daher die Kehrseite des Ego-Atomismus. Dies ist auch die Einbruchsstelle für Vergangenheitskräfte, wie wir sie heute in der Welt am Werke sehen.

Das menschliche Ich ist nur als „Tathandlung“, als Aktivitätsprinzip zu fassen: Ich-Identität ist nie gegebene, sondern immer hervorgebrachte. Es ist in gewissem Sinne das Schicksal der Bewußtseinsseele, daß sie diese Klippe überwinden muß oder an ihr scheitert. Frieden gibt es heute nur, wo zwischen Menschen-Ich und Menschen-Ich Verträglichkeit aktiv hergestellt wird. Alle Versuche, Befriedung

durch äußere Zwangsordnungen herbeizuführen, sind a priori zum Scheitern verurteilt.

„Völker“, „Staaten“, „Religionsgemeinschaften“ als solche können heute keinen Frieden miteinander schließen, wie heute überhaupt Völker- und Staatenrechte den allgemeinen Menschenrechten nachgeordnet werden müssen. Die Menschenrechte schützen das mündig gewordene Ich. Zugleich werden sie zu Recht als „allgemeine“ bezeichnet. Denn das Ich ist dasjenige, was der Mensch mit dem anderen Menschen gemeinsam hat, jenseits aller Unterschiede und Differenzierungen - in rassischer, nationaler, religiöser, geschlechtlicher usw. Hinsicht. Gerade weil jeder als Einzelner ein „Einziges“ ist, ist das Ich zugleich das Allgemein-Menschliche, bilden wir als „Einziges“ gemeinsam die Menschheit, nicht Volk, Rasse usw. „Ich“ und „Menschheit“ sind aufeinander bezogene und innig miteinander verbundene Begriffe. Die Friedensfrage wird so zur Frage nach einem menschheitlichen Miteinander.

Der Dreigliederungsimpuls - ein Friedensimpuls

Damit entsteht jene Frage nach der Neugestaltung des sozialen Organismus, auf die die Dreigliederungsbewegung der Jahre 1917 - 1922 den Versuch einer Antwort darstellt.

Dreigliederung ist nicht eine inhaltliche „Lösung“ der sozialen Frage, sondern beschreibt die Bedingungen, unter denen im sozialen Leben der Raum entstehen kann für Gestaltungen aus individueller Verantwortung und damit für Ich-Entwicklung, die nicht in den Krieg aller gegen alle mündet.

Wo Menschen aus ihren geistigen Impulsen heraus Initiativen ergreifen, die auf die freie Empfänglichkeit anderer Menschen zielen, kann sich heute niemand mehr das Recht herausnehmen, solche Impulse einer Genehmigungspflichtigkeit zu unterwerfen, auch eine Mehrheit nicht. In der Pädagogik und anderen Bereichen der Kultur kann es nur zur Gleichmacherei, Unterdrückung, Initiativblockade und Konflikten führen, wenn das Urteil der Mehrheit zum Maßstab der Bewertung von Impulsen gemacht wird. Frieden entsteht, wenn jeder seine Impulse, soweit sie nicht die Impulse anderer beeinträchtigen, ausleben darf. Ein buntes, pluralistisches geistiges Leben der Gesellschaft verlegt den Kampf nach innen: Jede Initiative muß zunächst um die eigene Identität kämpfen.

Wo Menschen immer individueller werden, sind Einheitsregelungen immer weniger möglich, aber auch immer weniger nötig. Der Bereich der (demokratisch zu fällenden) Konsensentscheidungen kann und muß auf die Fragen der allgemeinen Rechtsordnung beschränkt werden. Gegenüber diesen Notwendigkeit ist unser Staatsleben zurückgeblieben - und kommt dadurch seiner eigentlichen Aufgabe, der Wahrung des Rechtsfriedens, nur ungenügend

nach. Obwohl die modernen Staaten sich auf die Menschenrechte und damit auf die Autonomie der Einzelpersonlichkeit berufen, halten sie doch in vielen Bereichen immer noch den Anspruch aufrecht, als habe der Staat das Leben der Bürger inhaltlich zu regeln. Damit aber fixieren sie die Macht der Gemeinschaft über den Einzelnen, wie sie für alte Kulturverhältnisse angemessen war, heute jedoch das Fortschritts- und Entwicklungshindernis schlechthin geworden ist. Daß die Macht demokratisch legitimiert ist, ändert nichts an der Tatsache, daß sie gleichwohl in Bereichen existiert, in denen an ihre Stelle das Prinzip der Machtlosigkeit - und damit der individuellen Gestaltbarkeit solcher machtfrei gewordener Räume - treten müßte. Wir haben, um ein Wort Udo Herrmannstorfers aufzugreifen, die Macht bloß demokratisiert, statt sie abzuschaffen. Daß heißt aber, daß die Hebel der Macht voll in Funktion sind: ihre Demontage steht immer noch aus. Gerade weil der Weg zu diesen Hebeln über die demokratische Mehrheitsbildung führt, ist der politische Prozeß in der Parteiendemokratie immer mehr zu einem reinen Machtkampf entartet. Durch die „Begrenzung der Wirksamkeit des Staates“ (Wilhelm von Humboldt) dagegen würde zugleich Raum geschaffen für ein lebendiges Vertragsrecht, das „Verträglichkeit“ und damit Frieden schafft.

In unserer heutigen Marktwirtschaft haben wir den Krieg aller gegen alle geradezu zum Prinzip gemacht. (Wir erwarten nur, daß sich die Konkurrenten gegenseitig „in Schach“ halten und dadurch letztlich doch das allgemeine Wohl zustandegebracht wird.) Kampfbegriffe bestimmen vielfach unser Denken und Handeln in diesem Bereich: der Kampf um Marktanteile, bis zu regelrechten Marktoffensiven gesteigert, und der Arbeitskampf sind nur zwei Beispiele dafür. Dabei arbeiten wir objektiv heute in der arbeitsteiligen Weltwirtschaft Hand in Hand. Dieses Miteinander bewußt zu pflegen und zu entwickeln - und Organe für diese Pflege zu schaffen -, dies wäre gerade die Friedensaufgabe, die in diesem Bereich zu erfüllen ist. Welche Herde permanenten Unfriedens werden durch die Ungerechtigkeiten unserer Weltwirtschaftsordnung, z. B. durch ungerechte Preisstrukturen erzeugt? - Welcher Sprengsatz gegen den sozialen Frieden liegt in den Ungerechtigkeiten und Ungereimtheiten unseres Bodenrechts und unserer Geldordnung? Der Einsatz für ein vernünftiges Bodenrecht, für eine sinnvolle Geld- und Eigentumsordnung ist ein Stück praktischer Friedensarbeit.

Freiheit für die Kultur, demokratische Gleichheit für die Rechtsordnung und eine im unsentimentalen Sinne verstandene Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben sind Leitlinien friedlichen Wandels in der modernen Gesellschaft. Sie sind zugleich die individu-

ellen Verhaltensweisen, die im unmittelbaren menschlichen Miteinander Frieden stiften können.

Der Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus - ein antifaschistischer und anti-rassistischer Impuls

„Dreigliederung des sozialen Organismus“ ist die organische Konsequenz aus einer modernen Weltanschauung, die nur eine Philosophie der Freiheit sein kann, für das soziale Leben, das seine Freiheitsgestalt finden muß. Es ist kein Zufall, sondern ist innerlich zutiefst begründet, daß R. Steiner seine „Philosophie der Freiheit“, nachdem sie lange vergriffen war, 1918, also im zeitlichen Zusammenhang mit der Dreigliederungs-Bewegung, neu auflegen läßt. Denn der Dreigliederungsgedanke lebt - wenn er in diesen Jahren auch ohne direkte Bezugnahme auf das Buch begründet wird - von dessen Freiheitsverständnis. Es sollte in der „Philosophie der Freiheit“ auf die Freiheitsfrage keine theoretische Antwort gegeben, sondern auf ein Gebiet des Seelenlebens gedeutet werden, auf dem sich diese Frage im Leben immer wieder neu stellt und beantwortet werden kann. Die elementare Geist-Erfahrung, die in der Beobachtung des eigenen Denkens und Erkennens gemacht werden kann und die dazu führt, daß der Mensch die Autonomie seiner geistigen Individualität als innere Gewißheit erleben kann, gibt die Sicherheit, die erst dazu befähigt, im sozialen Leben auf die Freiheits- und Verantwortungspotenz des anderen Menschen zu bauen und dabei nicht wankend zu werden. Sie ist daher die Voraussetzung dafür, all jenen Tendenzen entgegenzutreten, die die Möglichkeit einer Ich-Kultur verneinen (mit dem Argument, diese führe unweigerlich in die Ego-Gesellschaft) und die damit den Rückfall in mechanistische und kollektivistische Ordnungen fördern.

R. Steiner selbst sprach davon, „daß in einem gewissen Sinne die Ergänzung zu meiner ‘Philosophie der Freiheit’ meine ‘Kernpunkte der sozialen Frage’ sind. Wie meine ‘Philosophie der Freiheit’ untersucht, woraus beim einzelnen Menschen die Kräfte zur Freiheit kommen, so untersuchen meine ‘Kernpunkte der sozialen Frage’, wie der soziale Organismus beschaffen sein muß, damit der einzelne Mensch sich frei entwickeln kann. Und das sind im Grunde genommen die beiden großen Fragen, die uns im öffentlichen Leben der Gegenwart beschäftigen müssen.“⁵

Rudolf Steiner ist von seinem ganzen Denkeinsatz her *der* erklärte Gegner von Nationalismus und Rassismus, in denen er Relikte atavistischer, heute gemeingefährlich gewordener Bewußtseinsverfassungen erblickt. Sein ganzes Werk ist - bei allen Wandlungen und Entwicklungen, die er durchmach-

te - durchzogen von dem einen Grundmotiv: dem Motiv der sich aus allen sozialen und biologischen Fixierungen befreienden einzelnen menschlichen Persönlichkeit. Neue Gemeinschaftsbildungen können für R. Steiner nur aus dem Impuls individueller Mitmenschlichkeit erwachsen. Durch nichts, so Steiner, werde die heutige Menschheit mehr in den Niedergang hineingezogen als durch das „Pochen auf Stammes-, Volks- und Rassenzusammenhänge“.⁶ Schon der junge Steiner zeigt sich angewidert vom Antisemitismus der österreichischen Studentenschaft, in dem er eine Anschauung sieht, die bei ihren Trägern „auf Inferiorität des Geistes, auf mangelhaftes ethisches Unterscheidungsvermögen und auf Abgeschmacktheit deutet“.⁷

Die gegenwärtige Kampagne gegen den angeblichen Rassismus Rudolf Steiners und der Anthroposophie ist eine Desinformationskampagne.⁸ (Darüber kann auch die mehr oder weniger gelungene Fahndung nach Formulierungen im Vortragswerk nicht hinwegtäuschen, die - ganz abgesehen von der Frage der Authentizität der Nachschriften - dazumal niemand als rassistisch verstanden haben kann, ja die von Rassisten durchaus als skandalös empfunden wurden, von denen aber *heute* - nach allem, was geschehen ist - in der Tat einige so nicht mehr gebraucht werden dürften.)

Rudolf Steiner sah klar und frühzeitig, welche Kräfte sich in Deutschland auf der rechten Seite des politischen Spektrums formierten. Schon 1920, in Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch, sprach er von dem in Deutschland mit diesem Ereignis heraufziehenden „Verbrechertum“.⁹ „Völkische“ Kreise bekämpften Steiners Position denn auch konsequenterweise als die „Volksgemeinschaft“ zersetzenden Individualismus, und der Nationalsozialismus verbot aus diesen Gründen die Anthroposophische Gesellschaft.

Bereits bei der letzten großen Kampagne der Dreigliederungsbewegung, der Oberschlesischen Aktion von 1920, kam es zu einer direkten Konfrontation der „Dreigliederer“ mit den Rechtsradikalen. In Oberschlesien wandte man sich damals dagegen, das Gebiet durch eine Volksabstimmung Deutschland oder Polen zuzuschlagen und damit nationale Unterdrückung unter dem einen oder dem anderen Vorzeichen zu programmieren. Stattdessen sollten die Bedingungen eines friedlichen Zusammenlebens von Deutschen und Polen geschaffen werden. In diesem Versuch sahen die Rechtsradikalen „Verrat“

⁵ Die spirituellen Hintergründe der äußeren Welt. Der Sturz der Geister der Finsternis. (GA 177). Vortrag vom 26. 10. 1917, Dornach 1977.

⁶ Gesammelte Aufsätze zur Kultur- und Zeitgeschichte 1887 bis 1901 (GA 31), Dornach 1966, S. 199.

⁷ Der „Klassiker“ der Desinformation ist immer noch Jutta Dittfurths „Feuer in die Herzen. Plädoyer für eine ökologische linke Opposition“. Hamburg 1992.

⁸ Vgl. Emil Leinhaas: Aus der Arbeit mit Rudolf Steiner, Basel 1950, S. 118.

⁹ Vom Einheitsstaat zum dreieggliederten sozialen Organismus, GA 334, Dornach 1983, S. 105 (1920).

und gingen teilweise mit physischer Gewalt gegen ihn vor (wie sie dann später in München ein - glücklicherweise fehlgeschlagenes - Attentat auf Steiner organisierten). Im Zusammenhang mit der Oberschlesienfrage äußerte sich Adolf Hitler im März 1921 in einem Artikel des „Völkischen Beobachters“ zu Rudolf Steiner und der Dreigliederung des sozialen Organismus. Sein unmittelbares Angriffsziel war dabei der deutsche Außenminister Simon, Leiter der deutschen Delegation bei den Londoner Verhandlungen über die Höhe der deutschen Reparationszahlungen, der durch Emil Molt mit der Dreigliederung in Berührung gekommen war. Hitler schrieb damals: „Im Verlaufe der Londoner Angelegenheit tauchen nun allmählich derartig geheimnisvolle Begleitumstände auf, daß es nicht nur zweckmäßig, sondern endlich notwendig ist, sich diesen Herrn Minister, intimen Freund des Gnostikers und Anthroposophen Rudolf Steiner, Anhänger der Dreigliederung des sozialen Organismus und wie diese ganzen jüdischen Methoden zur Zerstörung der normalen Geistesverfassung der Völker heißen, etwas näher [...] zu besehen [...]“ Etwas später dann der Satz: „Und wer ist die treibende Kraft hinter all diesen Teufeleien? Der Jude! Freund des Doktor Rudolf Steiner, des Freundes Simons [...]“¹⁰

Der „Sündenfall“ von 1871 und der historische Ort der Dreigliederungsbewegung

Die Dreigliederungsbewegung war in der konkret-historischen Situation des Jahres 1917 nicht zuletzt auch der Versuch, die drohende Katastrophe Mitteleuropas abzuwenden, auf der Basis des Friedensprogramms der „Memoranden“, mit denen sich R. Steiner damals an die führenden Politiker in Wien und in Berlin wandte. Sie wollte die Fehlentwicklungen korrigieren helfen, die Mitteleuropa in den Weltkrieg geführt hatten. Mit der Reichsgründung von 1871 hatte Deutschland im Grunde seine besten Impulse, wie sie in der Goethezeit hervorgetreten waren, preisgegeben und den Irrweg des wilhelminischen Macht- und Obrigkeitsstaats betreten. Dieses Deutschland, dessen wahre Herren die neuen Schlotbarone im Verein mit dem alten Blutsadel waren, Träger eines atavistischen und vorchristlichen Prinzips altgermanischer „Nibelungenwildheit“ (R. Steiner), vermochte - trotz einzelner sozialer Reformen - nicht, die sozialen Aufgaben der Zeit zu ergreifen. Säbelrasselnder Militarismus erweckte im Ausland jene Furcht, die die Forderung nach der militärischen Zerschlagung Deutschlands auf fruchtbaren Boden fallen ließ. 1919 formulierte R. Steiner: „Das Deutsche Reich war ‘in den Weltzusammen-

hang hineingestellt ohne wesenhafte, seinen Bestand rechtfertigende Zielsetzung’. Diese Zielsetzung hätte nicht so sein dürfen, daß nur militärische Macht sie zu tragen hatte, konnte überhaupt nicht auf *Machtentfaltung* im äußeren Sinne gerichtet sein. Sie konnte nur auf die *innere* Entwicklung seiner Kultur gerichtet sein.“¹¹

Der Leitgedanke der Memoranden bestand darin, durch die soziale Neuordnung in Mitteleuropa für die Welt ein Signal zu setzen, das einen Verständigungsfrieden ermöglicht hätte. Diese Neuordnung sollte Macht abbauen und eine zuverlässige Friedensordnung schaffen. - Machtabbau: Denn mit der Idee des von staatlicher Bevormundung befreiten, freien, selbstverwalteten Geisteslebens, das mit einem sich „assoziativ“ selbstgestaltenden Wirtschaftsleben kooperiert, wäre der Staat auf einen reinen Rechtsstaat reduziert worden, in dem die Machtmaschinerie demontiert ist und daher die Frage ihres Schutzes vor unbefugtem Zugriff sich von selber erledigt. Friedensordnung: Die Entflechtung von Staat, Wirtschaft und Kultur sollte zuletzt die Verquickung von Fragen der national-kulturellen Identität mit dem Staatsleben und damit einen entscheidenden Herd permanenter Kriegsgefahr beseitigen.

Diese Initiative drang 1917 nicht durch. 1919 - nach Zusammenbruch und Novemberrevolution - entstand zwar zunächst eine breite Volksbewegung für eine derartige soziale Neuordnung, erwies sich aber als zu schwach und konnte von den reaktionären Kräften bald wieder zurückgedrängt werden.

Der Sieg der Nazis - unabwendbares Schicksal oder Folge unterbliebener sozialer Erneuerung?

Ohne 1871 kein 1918; kein 1918 ohne das Scheitern der Versuche, einen wirklichen Verständigungsfrieden zu erreichen. Der „Diktatfrieden“ von Versailles aber schuf die Basis für die nationale Demagogie der Nazis, seine wirtschaftlichen Folgen (in Verbindung mit der Weltwirtschaftskrise von 1929) die Basis für ihre soziale Demagogie. Jene reaktionären und dekadenten Kräfte, die 1871 Oberwasser erlangt hatten und deren Einfluß 1918 nicht wirklich ausgeschaltet worden war, erwiesen sich als die Steigbügelhalter des Faschismus. Industriekapitäne, denen sich Hitler mit seiner berüchtigten Rede im Düsseldorfer Industrieclub erfolgreich als Beschützer gegen die sozialistische Arbeiterbewegung andiente, die Vertreter des alten Adels wie der „Herrenreiter“ von Papen und der Reichspräsident von Hindenburg ebneten Hitler den Weg.

Weil das Machtprinzip des Staates nicht gebrochen worden war, konnten die Nazis die bestehende

¹⁰ Wir verdanken es Arfst Wagner, daß dieser Artikel Hitlers im Zusammenhang mit unserem Thema der Vergessenheit entrissen worden ist. Vgl. Arfst Wagner, Anthroposophen und Nationalsozialismus. Probleme der Vergangenheit und Gegenwart. In: Flensburger Hefte Heft 32, 3/91, S. 69f.

¹¹ Einleitung zu Helmuth von Moltkes „Gedanken und Erinnerungen“. In: Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus und zur Zeitlage. In: GA 24, Dornach 1982, S. 391.

Staatsmaschine einfach übernehmen und für ihre Zwecke umfunktionieren. Bezeichnenderweise wurde dieser Vorgang der Schaffung des „totalen Staats“ als „Gleichschaltung“ bezeichnet. Sie gelang ohne große Mühe: Das Schulwesen befand sich bereits unter staatlicher Kontrolle und mußte nur ideologisch „auf Linie“ gebracht werden. Staat und Wirtschaft waren bereits in vielfältiger Weise miteinander verflochten, führende Industrielle hatten die Nazi-Partei finanziert und gefördert. Staatliche Bürokratie, Justiz und Militär waren bereits in der Weimarer Republik im wesentlichen unbeschädigt aus dem Wilhelminischen Obrigkeitsstaat übernommen worden und waren für die neuen Herren leicht zu gewinnen; in der Gesetzgebung boten sich Instrumente wie die präsidentielle Notverordnungs-diktatur, deren man sich ohne weiteres für die eigenen Zwecke bedienen konnte.

Der Föderalismus - auf den R. Steiner in seinen Memoranden großen Wert gelegt hatte - wurde konsequent beseitigt, indem die Länderregierungen durch die Ernennung von Reichsstatthaltern mit der Reichsregierung gleichgeschaltet wurden. Bereits 1933 war die NSDAP als „mit dem Staat unlöslich verbunden“ und damit zur Staatspartei erklärt worden. Jeder Pluralismus wurde zerstört, die politischen Gegner durch die Geheime Staatspolizei terrorisiert und in die KZs geworfen. Es galt das Führer-Prinzip („Führer befehl, wir folgen“). Gleichgeschaltet wurden alle Verbände und Institutionen des öffentlichen Lebens, der Kultur und Wirtschaft und schließlich auch das Privatleben der Bürger. Die Gesellschaft wurde mit einem Netz brauner Organisationen durchwoben: Hitlerjugend, NS-Frauenschaft, Deutsche Arbeitsfront, Reichskulturkammer, Reichsnährstand, Rechtsfront usw. Die Wirtschaft wurde konsequent durch den Staat in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt. Nachdem die Nazis den Krieg begonnen hatten, wurden Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge („Vernichtung durch Arbeit“) profitbringend als Arbeitssklaven eingesetzt. Mit der Reichspogromnacht begann Schritt für Schritt die Vernichtung und Ausrottung der Juden und anderer „Fremdrassiger“.

Die Dreigliederung des sozialen Organismus hätte vielleicht nicht verhindern können, daß rassistisch-chauvinistisches Gedankengut sich in vielen Köpfen einnistete. Aber wären nicht weniger Menschen Opfer von Ideologien geworden, wenn es der Dreigliederungsbewegung, die ja zum Ausdruck bringen wollte, was Menschen aus den tiefsten Schichten modernen Sozialempfindens heraus suchen müssen, gelungen wäre, sich stärker auszubreiten? Hätte die Nazi-Bewegung in einem politischen System, in dem Parteien generell eine weniger dominierende Rolle gespielt hätten, überhaupt derartige Wahlerfolge erzielen können? Hätte man in einer assoziativen Wirtschaft nicht ganz anders mit dem

Problem der Massenarbeitslosigkeit umgehen und damit der sozialen Demagogie der Nazis von vornherein den Boden entziehen können? Und selbst, wenn der Nationalsozialismus kurzfristig politische Mehrheiten erreicht hätte, - wäre ein freies Geistesleben überhaupt im Handstreich „gleichschaltbar“ gewesen? - Hätte eine konsequente nationalkulturelle Autonomie für ethnische Minderheiten als Folge konsequent freiheitlicher Gestaltung des Kulturlebens, für welche die Dreigliederungsbewegung tritt, nicht der nationalen Demagogie der Nazis in bezug auf Danzig, die Frage der Sudetendeutschen und andere Probleme von vornherein den Boden entzogen?

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Ohne die bereits bestehende Verfügbarkeit von Kultur und Wirtschaft für den Staat ist der Sieg des Nationalsozialismus nicht denkbar. Otto Schilys Aussage in einer Rede vor dem deutschen Bundestag ist zuzustimmen: „Eine konstruktive Aufnahme“ der Dreigliederungs-Ideen „in den gesellschaftlichen Dialog bereits in den 20er Jahren hätte jedenfalls - diese Behauptung kann in der historischen Rückschau gewagt werden - die Katastrophe der Terrorherrschaft der Nazis und des Zweiten Weltkriegs vermeiden helfen.“¹²

Wesen des Nationalsozialismus

Für die früheren Kulturepochen war charakteristisch, daß Völker berechtigterweise eine jeweils führende Rolle in ihnen spielten: die Inder, Perser, Ägypter und Babylonier, Griechen und Römer. Je weiter wir zurückblicken, desto bedeutsamer werden Blutsbande und territoriale Gemeinschaft für das soziale Leben. Schon in den Zeiten jener Kulturen spielen allerdings die sogenannten Rassenverhältnisse keine kulturbestimmende Rolle mehr.¹³ Insofern ist der in der theosophischen Literatur zeitweilig verwendete Begriff der „Wurzelsasse“ für solche Kulturen falsch und irreführend, weshalb R. Steiner, der sich dieses Terminus zeitweilig bediente, um sich gegenüber seiner theosophischen Zuhörerschaft verständlich zu machen, ihn später fallenließ und nur noch von „Kulturepochen“ sprach.¹⁴

¹² Die Flick-Affäre und das Rechtsbewußtsein. Rede im Deutschen Bundestag am 13.3. 1986. In: Otto Schily: Vom Zustand der Republik. Berlin 1986, S. 92.

¹³ Ob und inwieweit dies früher anders war, kann hier ausgeklammert werden.

¹⁴ Insofern ist es absurd, auf diese Begriffsverwendung einen Rassismus-Vorwurf gegen Steiner abzustützen. Daß es sich bei „Kulturepochen“ nicht um eine biologistische Kategorie handelt, mag durch das folgende Zitat zusätzlich verdeutlicht werden, in dem die sog. urindische Kulturepoche charakterisiert wird: „Wir müssen diese erste indische Kultur nicht so auffassen, daß sie sich nur im alten Indien geltend gemacht hat. Dieses indische Volk war damals nur das tonangebende, das wichtigste, aber die Kultur der ganzen Erde war eine andere und hatte Eigentümlichkeiten, die geprägt waren sozusagen von dem, was die Führer für die alten Inder angaben.“ (GA 118, Vortrag vom 25. Januar 1910. Dornach 1965, S. 13. Das Ereignis der Christus-Erscheinung in der ätherischen Welt. Sechzehn Vorträge, gehalten 1910 in verschiedenen Städten.)

Für die sogenannte fünfte nachatlantische Kulturepoche, also die neuzeitliche Entwicklung, das „Zeitalter der Mündigkeit“, ist gerade das Fehlen einer Führung durch eine bestimmte Volksgeistigkeit charakteristisch.¹⁵ Zwar ist die Entwicklung der Bewußtseinsseele mit der europäischen Entwicklung verknüpft, vollzieht sich aber weltweit: Gerade das globale Zusammenrücken der Regionen der Erde ist ein Charakteristikum unserer Epoche. Nicht daß nationale Kultur damit entwertet würde. Ihre Entwicklung wird jedoch abhängig von individueller Aneignung, deren Mutterboden sie zugleich ist. Das entspricht dem Gedanken der deutschen Klassik, daß die Nationalkulturen nur relativen Wert - als Beiträge und Glieder der Menschheitskultur - haben. Ich und Menschheit bilden aber, wie wir sahen, aufeinander bezogene Kategorien. Es gibt in unserer Zeit keinen Nationalismus, der nicht latenter Chauvinismus wäre. Begriffe wie „nationale Identität“, „Volksgeist“ und „Volksseele“ dürfen heute nicht mehr naiv verwendet werden, sonst werden sie zum Einfallstor für Tendenzen, die alles menschheitlich Wertvolle, das sich für frühere Zeiten mit ihnen verband, gerade mit Zerstörung bedrohen. Das Erwachen des Nationalbewußtseins ist zwar für die europäischen Entwicklung ein wesentlicher Durchgangspunkt, im Nationalen stehenzubleiben, würde aber eben bedeuten, das Europa seine Mission verfehlt, den Raum der Entwicklung einer Individualitätskultur zu bilden.¹⁶

Der Nationalsozialismus ist in jeder Hinsicht das Gegenbild aller berechtigten sozialen Impulse unserer Zeit, für die Individualität und individuelle soziale Verantwortung im Zentrum stehen müssen. Mit seinem „Führerprinzip“, mit der Parole „Du bist nichts, Dein Volk ist alles!“ war er der unzeitgemäße und damit radikal böse Versuch, das Soziale („Sozialismus“) auf das Nationale („Blut und Boden“) zu gründen. „Herrenmenschentum“ und die Idee, am „arisch-germanischen Wesen“ müsse „die Welt genesen“, waren Ausdrucksformen dieses radikal Bösen, dessen logische Konsequenz der Völkermord war.

„Der Kampf gegen das Ich“ - dies hat Karl Heyer zu Recht als den Grundimpuls des Nationalsozialismus bezeichnet.¹⁷ Er nimmt mit dieser Formulierung jene Tiefenschicht des Faschismus in den Blick, die die üblichen Faschismus-Theorien - so richtig sie auch einzelne Aspekte des Phänomens bezeichneten - nicht treffen konnten.¹⁸ In der heutigen Zeit geht

15 Dieses Charakteristikum hat bei verschiedenen Gelegenheiten in Vorträgen Udo Herrmannstorfer betont.

16 Die Alternative zum bürokratischen Zentralismus europäischer Institutionen - im Grunde ein Nachklingen von Impulsen der dritten nachatlantischen Kulturepoche - ist nicht das Europa der Vaterländer, sondern das Europa der Menschenrechte.

17 Karl Heyer: Wenn die Götter den Tempel verlassen... Wesen und Wollen des Nationalsozialismus und das Schicksal des deutschen Volkes. Freiburg i.Br. 1947.

18 Man denke nur an die Fülle marxistischer Versuche zur Deutung des Phänomens, von Thalheimers Bonapartismus-Theorie bis

das Ich gewissermaßen durch einen Nullpunkt hindurch, steht wie vor einem Abgrund. Die geistigen Kräfte, der Strom von Bildern, die es im Status seiner Unreife und Unmündigkeit ernährten, versiegen. Nur aus der eigenen Aktivität heraus kann es im Nichts des Selbstbewußtseins-Punkts das All finden. Das Ich hat keinen Inhalt, außer jenem, mit dem es sich selber verbindet, von dem es sich selber erfüllen läßt. Wo es Aktivität versäumt, in träumerischer Seelenverfassung verharrt, entsteht ein Vakuum, in das Kräfte einströmen, die dem Menschen nur den täuschenden Schein eigener Identität vorspiegeln, ihn aber in Wahrheit zerstören, ent-ichen, entmenschlichen. Dies geschieht auch da, wo in den Seelen die Sehnsucht nach idealen Zielen lebt, die aber nicht in klarem Denken erfaßt und zu zielklarem Wollen geführt werden. Viele „suchende Seelen“, wie sie z.B. in der Jugend- und Wandervogel-Bewegung nach dem I. Weltkrieg zu finden waren, gingen so den nazistischen Rattenfängern auf den Leim. Der Nationalsozialismus ist der Ausdruck von entmenschenden Kräften, Kräften des Tieres, das aus dem Abgrund aufsteigt. Fanatismus, Besessenheit, Massenekstase - alle Bewußtseinsverfassungen, die auf der Abdämpfung des wachen Ich-Bewußtseins basieren, wurden im Rahmen einer „Technik des Bösen“ (C. Lindenberg) benutzt und „kultiviert“.¹⁹

Der Nationalsozialismus kennt das Ich nur als die machtbesessene Führerpersönlichkeit, innere Führung des Menschen nur als die Disziplin der Unterordnung unter den Führerwillen. Das Auseinanderdriften der Seelenkräfte, die nun bewußter Ich-Führung bedürfen, welches für die abgründige Bewußtseinsituation unserer Zeit so typisch ist - R. Steiner sprach in diesem Zusammenhang von einem unbewußten „Schwellenübertritt“ der Menschheit - äußert sich im Nationalsozialismus als Vergewaltigung des Denkens, Zerstörung des Fühlens und Entfesselung eines unmenschlichen, hypertrophen Wollens.²⁰ Diese Sonnenfinsternis wird inszeniert in jenem Jahr 1933, auf das Rudolf Steiner als auf das Jahr des Beginns einer neuen Wirksamkeit der Christus-Sonne und neuer Möglichkeiten einer lebendigen Christus-Begegnung hingewiesen hat.

„La victoire des boches sur les Allemands“

R. Steiner sprach davon, daß in Mitteleuropa das Nichtdurchdringen der Dreigliederung - im Gegensatz zu anderen Ländern - in die Katastrophe münden müssen, in den „Tod des Volkstums“. Damit war nicht physische Ausrottung gemeint, wohl aber der Verlust der eigentlichen Daseinsberechtigung.

zu Dimitroffs „Definition“ des Faschismus als Herrschaft der aggressivsten, chauvinistischsten und imperialistischsten Teile des Finanzkapitals.

19 Vgl. Christoph Lindenberg: Die Technik des Bösen. Zur Vorgeschichte und Geschichte des Nationalsozialismus. Stuttgart 1978.

20 Vgl. Heyer, S. 35ff.

Die Katastrophe von 1933 bedeutet in der Tat den Tod alles dessen, was im guten Sinne mitteleuropäische Kultur prägte und die Durchsetzung einer Art finsternen Doppelgängers, einer Gegenspielerwesenheit des Deutschtums. Indem die Masse der Deutschen der Täuschung erlag, konnte das Weimar Goethes das Weimar des Konzentrationslagers Buchenwald werden, wurde aus dem Land der Dichter und Denker das der Richter und Henker. Von dort, wo die besten Geister Mitteleuropas wahre Aufgabe in Vermittlung und Friedensstiftung gesehen hatten, wo ein Schiller gedichtet hatte: „Das ist nicht des Deutschen Größe, obzusiegen mit dem Schwert“, wurde Europa in Brand gesteckt und ein barbarischer Krieg entfesselt. Wo im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert weltbürgerliche und völkerverbindende Ideen lebten, vollzog sich der tiefste Fall in eine Entmenschung, für die Namen wie Auschwitz, Majdanek und Treblinka stehen.

Der Sieg des Nationalsozialismus war, wie ein Franzose formulierte, im wahrsten Sinne des Wortes „la victoire des boches [Schimpfwort für die 'häßlichen Deutschen'] sur les Allemands“ [das normale Wort für die Deutschen]. In der Zeit der Weimarer Klassik lebte noch ein Empfinden für die besonders prekäre Lage der Deutschen in bezug auf jeglichen Nationalismus. „Zur Nation euch zu bilden, ihr hoffet es, Deutsche, vergebens; / Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus!“, dichtete damals Goethe. Diese prekäre Situation hängt damit zusammen, daß in Deutschland, dem Land, in dem Fichte den Begriff des Ich als Tathandlung gedacht hatte, die Entwicklung der Kultur mehr als sonstwo in Europa an dem Ergreifen des Individualitäts- und Humanitätsideals hing, mehr als sonstwo das Verfehlen dieser Aufgabe in die Zerstörung führen mußte.

1945: Haben wir die Lehren gezogen?

Ein „Tod des Volkstums“ in Mitteleuropa - wenn „Volkstum“ nicht völkisch, sondern im Sinne einer besonderen kulturellen Aufgabe und Chance gesehen werden soll - vollzog sich nicht 1945, sondern 1933 - in dieser Frage darf es keine Zweideutigkeit geben.²¹ Die äußere Spaltung und Zerstörung Mitteleuropas war primär die Folge seiner Zerstörung von innen heraus. Nach 1945 wurden in beiden Teilen Deutschlands Lehren gezogen. Im Osten, wo viele Angehörige der neuen Elite im Widerstand gegen den Faschismus gestanden hatten, wurde Antifaschismus zur Staatsdoktrin, eine „antifaschistisch-demokratische“ Revolution wurde vollzogen. Dieser Antifaschismus konnte jedoch nicht konsequent sein. Denn der klassenmäßig begründete marxistische Kollektivismus war ebenfalls ein Anti-

Ich-Prinzip. Auch wenn man, mit guten Gründen, eine Gleichsetzung von Faschismus und marxistischem Sozialismus ablehnt, wird man doch sagen müssen, daß der Faschismus in vielen Fragen der Massenorganisation, der Propaganda und der Errichtung eines totalen Staates bei Lenin und noch mehr bei Stalin in die Lehre gegangen war. Darin liegt auch eine Teilwahrheit der „Totalitarismus-Theorie“, die im Westen jahrzehntelang das dominierende Erklärungsmuster für den Nationalsozialismus war.

Im Westen Deutschlands wurde eine parlamentarische Demokratie geschaffen, die sich auf die individuellen Menschenrechte berief und in der Verfassung die Unantastbarkeit und den Schutz der Würde des Menschen zum Maßstab des Staates machte. Jedoch wurden aus diesen Prinzipien nicht alle notwendigen Konsequenzen gezogen. Eine wirkliche Entflechtung von Wirtschaft, Staat und Kultur unterblieb auch hier. Die Lehren für den Staatsaufbau beschränkten sich weitgehend auf bestimmte technische Verbesserungen - deren Wert keineswegs unterschätzt werden soll - wie das konstruktive Mißtrauensvotum, die Verunmöglichung einer Notverordnungsdictatur (was durch die Notstandsgesetze später wieder relativiert wurde) und eine herausgehobene Stellung der Verfassungsgerichtsbarkeit. Ganz abgesehen davon, daß viele Vertreter des nazistischen Staatsapparats bald wieder in führende Stellungen einrücken konnten und eine wirkliche konsequente Aufarbeitung der Vergangenheit nur unzureichend erfolgte. Das „Wirtschaftswunder“, die Wohlstandsentwicklung, besetzten das Bewußtsein weiter Teile der Bevölkerung. Das Leben wurde oberflächlicher denn je. Innere Wandlung hielt mit äußerer „Reeducation“ nicht Schritt. Zwar blieb Nationalismus eine Randgröße, doch die permanent beschworene Internationalität („Wir Europäer“) war oft mehr eine Flucht vor der Aufarbeitung der nationalen Geschichte, denn eine wirkliche Überwindung ihre dunkelsten Kapitel. Das Ende der „Nachkriegszeit“ hat den Deutschen die äußere Wiedervereinigung gebracht, die Chance zu einem sozialen Neubeginn wurde jedoch auch 1989 gründlich verspielt.

So ist der 50. Jahrestag einer Befreiung, die die Deutschen nicht aus eigener Kraft vollbrachten, sondern die ihnen von außen widerfuhr, Anlaß zur Besinnung auf die Aufgaben sozialer Umgestaltung, die sich heute stellen. Der Faschismus wird sich in der Form der 30er Jahre sicherlich nicht wiederholen. Der Kampf gegen das Ich jedoch wird in anderen Formen weitergehen. Deshalb gilt Brechts Wort in einem weit tieferen Sinne, als er es gemeint haben mag: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Die Frage nach einer Form der Gesellschaft, die um das mündige Ich zentriert ist, bleibt deshalb auf der Tagesordnung. Die Dreigliederung des sozialen Organismus ist ein Impuls, der verhindern will,

²¹Eine solche findet sich leider auch in einem ansonsten eindrucksvollen Artikel von Martin Barkhoff zum 8. Mai in der Zeitschrift „Das Goetheanum“.

daß der Staat erneut ein „Werkzeug des Bösen“ (Heyer) werden kann. Wenn der Begriff „Antifaschismus“ nicht vordergründig aufgefaßt werden soll, sondern im wirklichen Sinne einer Bewegung, die die Wurzeln des Faschismus in der sozialen Struktur beseitigt, dann ist der Einsatz für die Dreigliederung des sozialen Organismus antifaschistisches Engagement par excellence.

Nachtrag

Die Zerstörung Mitteleuropas hat komplexe Ursachen. Wenn hier auf die inneren Ursachen abgehoben wurde, dann nicht deshalb, weil ich andere Aspekte für irrelevant halten würde.²² Es mag sich auch die Gelegenheit ergeben, auf diese Aspekte einmal näher einzugehen. Für einen Deutschen bleiben aber bei jeder Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus die Worte, die der Anthroposoph und Mitarbeiter R. Steiners in der Dreigliederungsbewegung, Karl Heyer, unmittelbar nach dem Ende des

²² Diese werden beispielsweise in dem immer noch lesenswerten Buch von Renate Riemeck „Mitteleuropa - Bilanz eines Jahrhunderts“ ausgeleuchtet (Freiburg i.Br. 1965).

Schreckens niederschrieb, von hervorragender Bedeutung: „Selbstverständlich verkennen wir durchaus nicht die Verflochtenheit auch der *Welt* in die deutsche Schuld und das deutsche Schicksal, ihren Anteil am Hochkommen des Nationalsozialismus, aber wir halten dafür, daß die gegenwärtige Lage in jedem Sinn vom deutschen Volke verlangt, vor allem einmal ganz auf sich selbst zu schauen, Selbsterkenntnis zu erringen [...], nachdem es in den zwölf Jahren Drittes Reich in unerträglicher Weise Selbstbeweihräucherung getrieben, im übrigen aber nur nach außen gestarrt und wahnbetört die zu bekämpfenden Übel und die Quelle eigener Schicksalsschläge nur dort gesucht hatte, statt vor allem in sich selbst, wozu wahrlich aller Grund vorhanden gewesen wäre. Die einfache Moral des Wortes: 'Kehr' erst vor deiner eigenen Tür' gilt auch für *Völker* [...]" Dies ist auch deshalb zu betonen, weil wieder vermehrt verwirrte Seelen in sich den Wahn nähren, im Nationalsozialismus habe es einen guten Kern gegeben und wenigsten ein Teil seiner Verbrechen sei eine Erfindung raffinierter Propaganda der Siegermächte.

Notizen und Berichte

ALTAGRO - Landwirtschaftsprojekte in Rußland

Udo Herrmannstorfer

Allgemeine Situation

Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus stehen die Länder Osteuropas vor der schwierigen Frage der inneren und äußeren Neuorientierung. Geht es darum, die Entwicklung der westlichen Industrieländer nur nachzuvollziehen, den westlichen Vorsprung nur aufzuholen? Wenn aber nicht, was könnte dann das neue Ziel sein? Und welches wäre der spezifische Beitrag der einzelnen Regionen? Die Verschiedenartigkeit der Antworten auf diese Frage führt zu einer Art Lähmung der Kräfte und scharf trennenden Differenzen zwischen den Menschen. Diese Problematik wird um so größer, je weiter östlich man kommt. In Rußland z.B. führt dies zu einem rapiden Verfall des Gemeinwesens auf allen Stufen. Auf der anderen Seite darf man auch gewiß unterstellen, daß in dieser Situation auch andere absichtsvolle Kräfte wirken und das Vakuum füllen wollen.

Für uns stellt sich dagegen die Frage, wie wir uns in einer solchen Situation verhalten sollen. Die erste Stufe ist sicher die wache Beobachtung der Entwicklung und der Versuch ihres Verstehens. Dabei wird

man sicher nicht zu allgemein bleiben dürfen. Weltgeschehen ist immer wesenhaft. Dieser Beobachterstatus wird nur dadurch legitimiert, daß wir unsererseits gleichzeitig die geistigen Aufgaben weiterbearbeiten, die auf unserem direkten Schicksalswege liegen. Denn anderen helfen kann nur, wer seine eigenen Aufgaben erfüllt. Und in unserem Lebensraum sind noch viele Aufgabenstellungen unerledigt.

Dennoch ergibt sich vielen Menschen die Möglichkeit, in das Geschehen auf die eine oder andere Weise einzugreifen. Und so haben sich ja vielfache Initiativen in Ländern wie Rußland durch menschliche Beziehungsfäden ergeben.

Vieles davon wird nur Saatgut sein, aus dem erst später die veranlagten Gestaltungen aufsprießen werden; manches wird auch nicht aufgehen oder sich als Unkraut erweisen. Vor allem wird man sich klar sein müssen, daß die ersten Gestaltungen nur Abklatsch unserer Verhältnisse sind und die eigentlichen Umschmelzungen noch bevorstehen.

Anfänge Altagro

Vor diesem Hintergrund standen auch Menschen des Verbundes freier Unternehmensinitiativen vor der Frage des Eingreifens. Äußerer Anlaß waren die Begegnungen von A. Shapkin (damals noch Lenin-Akademie Moskau), tätig in der damals noch wenig verbreiteten ökologischen Landwirtschaft, Wl. Sagvodskin, einer der Initiatoren der Moskauer Waldorfschule und U. Herrmannstorfer vom Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung in Dornach. So entstand der Impuls, einen biologisch-dynamischen Musterbauernhof und eine Landbauschule aufzubauen (solche Impulse gibt es auch an anderen Stellen). In Angriff genommen werden konnte dies nur, weil noch andere Menschen aus dem Verbund sich der Aufgabe zugesellten, vor allem Floris van der Ham, Gärtner in der Werkgemeinschaft Willmann, und Hans-Udo Zöller, Geschäftsführer des Handelskontor Willmann, beide in Vaihingen. In Moskau wurde daraufhin als Trägergesellschaft die Altagro Moskau gegründet, in der auch einige von uns Mitglied wurden. Kurze Zeit darauf gründeten wir im Westen aus dem Verbund heraus die Altagro GmbH Deutschland, um den Beziehungen von Anfang an eine klare Rechtsgrundlage zu geben.

Der erste Versuch dieser Entwicklung fand zusammen mit Herrn Krasnow in Salugi statt. Es kam jedoch zu keiner befriedigenden Lösung der Zusammenarbeit. Danach ergab sich das nächste Projekt in Bolotowa (dem ehemaligen Landsitz eines frühen russischen Landreformers). Hier war es vor allem der Landwirt Herr Hack, der zusammen mit vielen anderen Helfern der Entwicklung die Richtung gab, gemeinsam mit dem Verein zur Heilung von Erde und Mensch. Dieser Hof wurde durch unsere aller Unterstützung unter widrigsten Umständen umgestellt und produziert inzwischen biologisch-dynamisch. Aber auch hier kam es zu keiner zufriedenstellenden Integration der verschiedenen Impulsträger. Um zu verhindern, daß sich daraus Schwierigkeiten für die weitere Entwicklung des Betriebes ergeben, hat sich die Altagro aus dem Projekt zurückgezogen, ist aber nach wie vor an seinem Wohlergehen interessiert. Unsere Frage war nicht, auf allgemeine Art und Weise für die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise tätig zu werden, sondern mit den Menschen, die sich ursprünglich zusammengefunden hatten.

Biologisch-dynamischer Bauernhof „Istra“

Erst der dritte Anlauf hat nun die gesuchte Möglichkeit in Istra, 30 km nordwestlich von Moskau, gefunden. Dort haben Viktor Shapkin und ein anderer Bauer Land von der Bezirksverwaltung erhalten. Auf zwei ha Land entstehen zur Zeit die notwendigen Wirtschaftsgebäude, weitere 30 ha wurden zur Bewirtschaftung an die Bauern übertragen. Im letz-

ten Jahr wurde das Land bereits mit Kartoffeln und Gerste bebaut. In diesem Jahr nun beginnt die systematische Umstellungsarbeit, betreut von E. von Wistinghausen, der eine freudige Aufbruchstimmung vorfand und noch steigern konnte. Im Grundsatz haben wir auch die Unterstützung der Rayonleitung, die uns alle notwendige Unterstützung zugesagt hat, u.U. die Benutzung der vorhandenen landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten für Schulungskurse. Die architektonische Konzeption des Komplexes wird von Herrn von Heynitz und Herrn Haub vom Architekturbüro Sammatz entwickelt. Um die Finanzierung, soweit Devisen dazu notwendig sind, wird sich die Altagro GmbH in Deutschland kümmern. Insgesamt rechnen wir mit zwei bis drei Jahren Aufbauarbeit.

Für das Projekt wird eine neue Gesellschaft gegründet, der die Betriebe in Istra angehören; und in die die Bauern ihren privaten Grund und Boden aus freiem Entschluß einbringen. Für die Ausbildungsaktivitäten wird eine eigene, gemeinnützige Gesellschaft verantwortlich zeichnen.

Weiterverarbeitung - Wurstfabrik

Von Anfang an war natürlich klar, daß diese Umstellungen nur erfolgreich sein werden, wenn der Weg bis zum Verbraucher mitorganisiert wird. Aus diesem Grund wurde bereits 1994 mit dem Aufbau einer kleinen Fleisch- und Wurstfabrikation begonnen. Seit Februar ist sie in Betrieb und entwickelt derzeit ein tragfähiges Sortiment. Die Tiere werden von dem Leiter, einem gestandenen Wurstfachmann, der mehr als 300 russische Rezepte im Kopf und in den Händen hat, selbst ausgesucht und vor Ort geschlachtet. Sie werden nach und nach durch Tiere aus biologisch-dynamischer Hofhaltung ersetzt. Der Absatz in dieser ersten Phase ist problemlos und wird ausschließlich in der Region betrieben. Wir haben vor, diesen regionalen Bezug so weit wie möglich zu erhalten. Dies ist besonders deshalb interessant, weil ein großer Teil der Region Istra für Datschenbebauung vorgesehen ist, da es sich um das Wassereinzugsgebiet für Moskau handelt. Insofern hat auch die Umstellung der Landwirtschaft schon aus Gewässerschutzgründen eine hohe Priorität.

Dieser Weiterverarbeitungsbetrieb soll als Anreiz für die Bauern der Umgebung dienen, sich für die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise zu interessieren. Es haben bereits jetzt viele nachgefragt, so daß bald damit begonnen werden kann, erste Informations- und Schulungstage zu veranstalten. Als nächster Schritt ist nun vorgesehen, noch in diesem Jahr eine Bäckerei einzurichten, um auch mit der Getreideverarbeitung zu beginnen. Ebenfalls in Planung ist eine Teigwarenfabrikation. Noch ungeklärt sind die Fragen nach einer Molkerei und einer Mühle. Es wird ja auch wichtig sein, die Entwicklung

zwar energisch vorwärtszutreiben, aber nicht zu überstürzen.

Holzsägewerk „Rusa“

Mitten in diese Entwicklung trat nun noch ein zweiter Impuls. In Rußland läuft ja zur Zeit das Privatisierungsprogramm von Industriebetrieben. Dies geschieht in der Form öffentlicher Ausschreibungen auch für ausländische Investoren, mit der Auflage, in einer bestimmten Zeit, z.B. 3 Jahren, eine bestimmte Summe Devisen zu investieren, in der Regel nicht unter 1 Mill. \$. Dafür erhält man die Aktienmehrheit zu einem relativ sehr geringen Preis (umgerechnet). Unter diese Aktion fallen auch die Holzverarbeitungsbetriebe. Nun trat die Leitung des Betriebes des Bezirkes Rusa, der unmittelbar an den Bezirk Istra angrenzt, an uns heran, mit der dringenden Bitte, durch Altagro übernommen zu werden, nachdem sie von unseren Intentionen erfahren hatte. Die Aussicht, von einem amerikanischen oder russischen Konsortium übernommen zu werden, die entweder nur Holzausbeutungs- oder Spekulationsinteressen haben, hatte die Belegschaft, der der Betrieb bisher überwiegend gehört, tief erschreckt. Die Prüfung des Betriebes ergab eine solide wirtschaftliche Basis mit großen Produktivitätsreserven. Ausschlaggebend aber wurde, neben dem guten Verständnis mit dem Betriebsdirektor, Herrn Kaslow, vor allem die Tatsache, daß diese Bezirke im Waldgürtel liegen, der zum Erholungsgebiet von Moskau gehört und bisher noch einigermaßen ökologisch intakt ist. Der Betrieb besitzt die ausschließlichen Bewirtschaftungsrechte für den Rayon.

Die ursprüngliche Investitionssumme schien das Vorhaben von Anfang an zu verunmöglichen. Unseren langwierigen Verhandlungen, vor allem Herrn A. Shapkins, ist es zu verdanken, daß wir einen Vertrag mit der Summe von 400.000 \$ Investitionssumme, die innerhalb von zwei Jahren aufgebracht werden müssen, abschließen konnten. Die Überschreibung soll im Juni erfolgen. Diese Summe setzt sich ungefähr zusammen aus

- 50.000 \$ für den Ankauf von Holz aus anderen Bezirken für den Export
- 170.000 \$ für Holzbearbeitungsmaschinen, um die bereits vorhandenen Fertigungslinien für Türen, Fenster und Holzhäuser auf einen entsprechenden Qualitätsstandard zu bringen (vor allem fehlt noch eine Trocknungsanlage sowie Hobelmaschinen)
- 180.000 \$ für Holzerntemaschinen, die eine selektive Forstnutzung erlauben. Damit kann die Nutzholzmenge um 50% gesteigert werden bei gleichzeitig ökologisch richtiger Waldnutzung.

Das Unternehmen besitzt ca. 20 ha Land, davon 10 ha Erholungszentrum mit drei großen Jugendferienheimen, direkt am Südhang der Moskwa gelegen.

Eines davon wird in den nächsten Monaten auf westlichen Standard gebracht werden. Damit wird es möglich sein, dort sowohl günstig Ferien zu verbringen, als auch Forst- und Landwirtschaftslager für Waldorfschulen, Seminare usw. durchzuführen.

Der Holzverarbeitungsbetrieb Rusa wird sich auch an der Gesellschaft Istra beteiligen und einen Teil seiner erwirtschafteten Gewinne für die Entwicklung der Landwirtschaft zur Verfügung stellen.

Altagro Deutschland GmbH erhält nach der Vertragsunterzeichnung 44 % der Aktien. Nach Abschluß der Investitionszahlungen wird dieses Aktienanteil auf 76 % der Aktien erweitert. Nach neuestem Gesetz könnte dies evtl. auch bereits erfolgen, wenn 50 % der Investitionen getätigt sind. Geleitet wird der Betrieb, zu dessen Begutachtung wir den Fachmann Moser aus München beauftragt haben, weiterhin von Herrn Kaslow und, als ständigem Vertreter der Altagro, von Herrn Shapkin. Den Verwaltungsrat bilden neben diesen beiden Menschen noch die bisherigen Geschäftsführungsmglieder der Altagro GmbH, die Herren Zöller, van der Ham und Herrmannstorfer. Die weitere personelle Entwicklung wird davon abhängen, welche Menschen zu diesem Impuls dazustoßen.

Dieses Engagement wurde nur möglich dadurch, daß vor allem an dieser Entwicklung interessierte Menschen aus der Schweiz und Deutschland kleine und größere Kreditgelder zur Verfügung stellten. Auf diese Weise dürfte gegenwärtig ungefähr die Hälfte der Investition gesichert sein. Für die andere Hälfte hoffen wir auf Menschen, die auf diesen Impuls aufmerksam werden und einen Sinn in diesem Engagement sehen. Zwar werden vor allem für die landwirtschaftliche Seite gewiß auch Schenkungen benötigt, für den Betrieb Rusa dagegen suchen wir Kreditgeld. Es ist vorgesehen, dieses Geld spätestens nach 4 Jahren zurückzuzahlen. Die vorliegenden Zahlen, Verträge und Projekte lassen dies als durchaus realistisch erscheinen. Es erscheint uns als wichtig, die Kreditfähigkeit für solche Unternehmungen unter allen Umständen herzustellen, denn Schenkungsgelder werden oft von anderen Impulsen dringender benötigt. Von geordneten Kreditverhältnissen aber hängt ab, ob es gelingt, einen größer werdenden Anteil an sich vorhandenen Sparkapitalen auch in solche Weltgegenden zu lenken. Dieser Weg ist in Rußland für das Inland verbaut, da die Jahreszinsen, ohne den zusätzlichen Inflationsausgleich, kaum unter 60 % betragen. Mit einem solchen Zins sind nichtspekulative wirtschaftliche Initiativen nicht möglich. Auf der anderen Seite kann die politische Entwicklung nicht garantiert werden, obschon eine starke Beeinträchtigung ausländischen Kapitals wenig wahrscheinlich ist, soll nicht alles in Rußland zusammenbrechen.

Wir suchen daher Menschen, die zwar nicht leichtsinnig sind, aber doch einen gewissen Mut haben, eine solche Entwicklung mitzugehen. Wir

werden versuchen, die Kredithöhe durch Bürgschaften so weit wie möglich abzusichern, so daß ein Schadensfall für einen einzelnen Kreditnehmer nicht existentiell wird. Dazu gehört auch die Haftung der Altagro GmbH. Wir hoffen aber, daß der Einstieg in einen solchen wirtschaftlichen Bereich es erlaubt, die engen, oft defizitären Grenzen der biologisch-dynamischen Landwirtschaft zu durchbrechen.

Für die Altagro GmbH zeigen sich noch andere wirtschaftliche Zusammenarbeitsprojekte in umgekehrter Richtung ab. Dabei geht es um die Verwertung russischer patentierter ausgesuchter Produkte im Westen. Dies ist auch für dortige Partner interessant, da die Altagro GmbH ja den Zweck hat, ihre Erträge in die weitere Entwicklung vor allem in Rußland zu investieren. Genaueres kann zu diesem Gegenstand momentan noch nicht mitgeteilt werden, da wir uns noch im Vorstadium der Vertragsmöglichkeiten befinden.

Altagro-Kontaktanschriften für interessierte und engagierte Menschen:

Deutschland: Udo Zöller, Handelskontor Willmann, D-71665 Vaihingen/Enz, Oberriexinger Weg 90, Tel.: (07042) 90580 oder Fax: 98420. Floris van der Ham, Werkgemeinschaft Willmann, Anschrift wie oben, Tel.: (07042) 14046 oder Fax 92452. Verbund freie Unternehmensinitiativen, D-70188 Stuttgart, Haußmannstr. 50, Tel.: (0711) 232351.

Schweiz: Udo Herrmannstorfer, 4143 Dornach, Brosiweg 10, Tel. (061) 7017478, Fax 7018414.

ENIGMA VERLAG Moskau

Das Leben in Rußland ist geprägt durch unablässig sich beschleunigenden Verfall in allen Bereichen. Einer der Hauptgründe hierfür liegt im Fehlen innerer weltanschaulicher und moralischer Orientierung bei dem Großteil der Bevölkerung. Verstärkt wird diese Ratlosigkeit durch unaufhörliches gewaltsames Eindringen von materialistischem Amerikanismus in seiner schlimmsten Ausprägung, unter dessen Einfluß die Zahl derjenigen, bei denen noch das Bedürfnis nach einem Ausweg lebendig ist und die noch nicht völlig resigniert sind, immer geringer wird.

Wichtigster Faktor, durch welchen - im Guten wie im Schlimmen - auf die Gemüter und die Entwicklung der Menschen eingewirkt wird, sind bekanntlich die Massenmedien und die Verlage. Ein spürbarer Beitrag zur Gesundung der angedeuteten fatalen Situation könnte die Verbreitung der Werke R. Steiners sowie verschiedener kompetenter und eigenständiger Persönlichkeiten aus seiner Schülerschaft werden. Jedoch muß dies in einer würdigen und qualitativ hochstehenden Form vonstatten gehen. - Zum gegebenen Moment ist das, was in dieser

Richtung geschieht, leider unbefriedigend. Die wenigen Übersetzungen aus der Zeit vor der Revolution (die fast alle an Qualität sehr zu wünschen übrig lassen) sind sämtlich neu herausgegeben. Nunmehr besteht die Aufgabe darin, die Arbeit an neuen Übersetzungen in Angriff zu nehmen. Diese verlegerische Aufgabe fordert ein sehr hohes professionelles Können; und zwar nicht nur in bezug auf die Übersetzung, sondern auch bezüglich Aufmachung, Druck und Verbreitung. Leider ist nun solcher Professionalismus wenig vorhanden (Verständnisfehler gegenüber dem Original; holpriges oder gar fehlerhaftes Russisch; Übermaß an Druckfehlern; usw.) Dies führt zu einer Verfälschung der Gedanken R. Steiners und stößt das gebildete Publikum ab; es kann schnell zu einer Profanisierung und Diskreditierung der Anthroposophie kommen. Vor diesem Hintergrund entsteht (leider nicht ganz ohne Grund) ein verzerrtes Bild von Anthroposophen. Manche Verleger können weder das nötige Niveau bei Text und Aufmachung gewährleisten, noch ist es ihnen möglich, sich in rechter Weise um entsprechende Repräsentation und Vertrieb zu kümmern. Selbstfinanzierung ist bei diesem Vorgehen nicht möglich; diese Bücher müssen ausschließlich aus westlichen Spendengeldern finanziert werden.

Abhilfe schaffen kann hier nur ein professionell arbeitendes, stabiles, sich selbst finanzierendes anthroposophisch orientiertes Verlagsunternehmen.

Anfang 1993 machte ich mich durch Schaffung des Verlags „Enigma“ in Moskau an die Lösung dieser Aufgabe (bis dahin war ich Direktor des Verlags „Noi“ Erevan). Anfang 1995 kann man nun sehen, daß eine erste Entwicklungsetappe mit Erfolg abgeschlossen ist und daß eine Basis geschaffen wurde zur weiteren Entwicklung und Ausweitung. Zur Zeit hat der Verlag über 20 Mitarbeiter; darunter Persönlichkeiten, die sowohl in Rußland als auch über seine Grenzen hinaus bekannt und geschätzt sind. Es wurde eine materielle und technische Grundlage geschaffen für die Verlagstätigkeit (Bürräume, Lager, Computer, Fahrzeuge usw.); die Organisationsstruktur ist fertig. Der Verlag ist bekannt und verfügt über ein gutes Image. In der kurzen Zeit unseres Bestehens wurden bereits 7 Titel veröffentlicht.

Schon das erste Buch, „Die grüne Schlange“ von Margarita Woloschin, wurde sehr gut aufgenommen und fand große Aufmerksamkeit: Rezensionen und Artikel in Presse und Funk, Interviews usw. Ein gleiches kann man von der Jugendbuch-Reihe „Excalibur“ sagen, in der bereits fünf Bücher erschienen sind. Für den Verlag arbeiten hochqualifizierte Übersetzer, Autoren, Künstler und Wissenschaftler. Wir haben gelernt, unsere Bücher gut zu vertreten und zu verkaufen. Unsere Vertriebsabteilung hat Kontaktstellen in ganz Rußland; zudem bestehen Kontakte mit vielen ausländischen Verlagen.

Unser thematischer Plan umfaßt derzeit etwa 70 Titel, an denen die Vorbereitungsarbeit mehr oder weniger weit fortgeschritten ist; 10 davon sind druckfertig. Im derzeitigen Moment ist der Verlag in der Lage, 3 bis 5 Bücher pro Monat herauszugeben. Das ist das notwendige Minimum für die Selbstfinanzierung und die Weiterentwicklung des Verlages. Die Thematik ist weit gefächert; die meisten Titel sind jedoch in dieser oder jener Weise anthroposophisch ausgerichtet.

1) Die bereits erwähnte Jugendbuchreihe „Excalibur“ die einen sehr guten Erfolg hat und bereits recht populär ist.

2) Die „Geistesgeschichtliche Reihe“ über verschiedene Religionen, geistige Strömungen, Schulen, wo zusammen mit weltweit anerkannten Autoritäten auch solche Autoren zu Worte kommen wie Emil Bock, H. Beck, H.H. Schöffler, Diether Lauenstein u.a.

3) Die Arbeit wurde begonnen an einer siebenbändigen Steiner-Ausgabe; in jedem Band um die drei thematisch ausgewählte Zyklen. Auf die Auswahl des Übersetzerteams für diese Arbeit wurde besondere Aufmerksamkeit verwendet. Wir hoffen, daß dadurch diese Ausgabe würdig und einigermaßen umfassend dem russischen Leser zugänglich gemacht werden kann.

4) Gleichfalls angefangen wurde eine Reihe „Ratgeber“, welche auf der gleichnamigen Reihe des Verlags „Urachhaus“ basiert; mit Autoren wie W. Goebel, M. Glöckler, F. Fintelmann, O. Koob u.a.

5) Schließlich läuft die Arbeit an einer Reihe klassischer und zeitgenössischer russischer Autoren, welche der Grundrichtung des Verlags entsprechen (darunter Bücher von Sergej Prokofieff über Rußland und über Demetrius).

6) Die Reihe „Incognito“: über den Grafen von Saint Germain, Kaspar Hauser usw.

In Vorbereitung sind noch einige andere Richtungen: Naturwissenschaft, Pädagogik, Wirtschaftswissenschaften.

Als Verdienstmöglichkeit geben wir manchmal Bücher auf Bestellung heraus; wie etwa vor kurzem in staatlichem Auftrag das Nachschlagewerk „Die Bundesversammlung Rußlands“.

Zur Schaffung dieses Verlags wurden im Laufe von 2 Jahren ca. \$ 150.000 investiert (ein Teil davon Kredite). Alle verdienten Mittel wurden sofort wieder zum weiteren Aufbau verwendet. Nachdem alle Vorinvestitionen für die monatliche Herausgabe von 4 Titeln geleistet wurden, scheitert die Realisation dieses Vorhabens an fehlender Liquidität. Denn zwischen sofort zu bezahlender Produktion und dem Mittelrückfluß aus dem sich immer besser entwickelnden Verkauf liegen 3-4 Monate Differenz. Zur Überbrückung dieser Zeit benötigen wir dringend \$ 200.000, damit das bisher Aufgebaute nicht auf der Zielgerade steckenbleibt. Bei Bedarf wären wir na-

türlich gerne bereit, einen genauen Kostenplan vorzulegen.

Wir suchen daher einen Liquiditätskredit in Höhe dieser \$ 200.000 mit einer maximalen Laufzeit von 2 Jahren und normaler Verzinsung. Nach dieser Zeit wird der Verlag auf einer gesunden verlegerischen und finanziellen Grundlage stehen. Selbstverständlich wären wir auch für kleinere Beträge dankbar. Bitte helfen sie mit, dieses für Rußland so wichtige Vorhaben zum Abschluß zu bringen. Die russischen Bedingungen für eine Kreditgewährung liegen weit jenseits unserer Möglichkeiten und erlauben keinerlei Entwicklung.

Die bisherige Erfahrung zeigt, daß der Verlag lebensfähig ist und rentabel werden kann. Nach Rückzahlung des Kredites kann der Verlag selbst den verschiedenen anthroposophischen Initiativen helfen; was im Rahmen des Möglichen sogar jetzt schon geschieht.

Im voraus möchte ich mich herzlich bedanken bei allen, denen die Sache der Anthroposophie in Rußland nicht gleichgültig ist und die Möglichkeit findet, im Rahmen seiner Möglichkeiten finanzielle Hilfe zu leisten. Bei Bedarf erhalten Sie gern genauere Informationen.

Alexander Petrossjan - Verlagsleiter
Adresse: Enigma, Alexander Petrossjan, ul. Presnensky Val 1, GUS-123022 pob 428 Moskau, Tel. und Fax: 0070952556016. Im Augenblick ist noch nicht klar, an welcher Stelle die Hilfe in Deutschland koordiniert wird. Interessenten können sich einstweilen wenden an: Christoph Strawe, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart, Tel.: 0711-2368950, Fax: 2360218.

Tagung des Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen in Oxford¹

Mathias Maurer/Klaus Schickert
 Das *European Forum for Freedom in Education*, 1990 in Budapest aus dem Freiheitsimpuls nach der Wende gegründet, tagte vom 5. bis 8. April 1995 in Oxford.

Situation des Bildungswesens in England

Im Laufe der Tagung wurde aus den Beiträgen mehrerer prominenter englischer Erziehungswissenschaftler - David Hargreaves (Cambridge), Richard Pring und Geoffrey Walford (beide Oxford) - deutlich, daß die freiheitliche Tradition des britischen Bildungswesens heute schwer angefochten ist. Die *Education Act* von 1944 hatte noch besagt, der Staat habe nicht zu bestimmen, was gelernt werden soll, sondern nur für die nötigen Bedingungen zu sorgen. Das *National Curriculum* von 1988 legte die Inhalte der Lehrpläne bis ins einzelne fest, sehr zum Leid-

¹Es handelt sich um die gekürzte Fassung eines Berichts, der in der Zeitschrift „Erziehungskunst“, Heft 5/1995, erschienen ist.

wesen vieler Pädagogen; zugleich wurde zentralistische Kontrolle installiert.

Der Grund für diese einschneidenden Maßnahmen war der Verfall der Schulbildung in den späten 60er und den 70er Jahren, wobei von den Elite-Internaten, den *public schools*, abzusehen ist. Dieser Niedergang fiel in eine Zeit verschärfter weltwirtschaftlicher Konkurrenz. So erklärt sich der Schulerschuß zwischen der Thatcher-Regierung und der Wirtschaft, der zur Neugestaltung des Schulwesens führte. Wirtschaftliches Denken schlug sich auch im Konzept eines „Bildungsmarktes“ nieder. In der Beurteilung dieser heutigen Situation unterschieden sich die englischen Referenten beträchtlich. Die einen halten die Entwicklung für unvermeidlich und irreversibel und setzen sich nur für *etwas* mehr Liberalität ein. Die anderen sehen in den Veränderungen den Ausverkauf aller Ideale und kämpfen um die Rechte der Eltern und benachteiligter Gruppen und Bereiche (so Meilen Mansfield, *Campaign for State Education*, London). Aber auch diese „fortschrittlichen“ Geister konnten sich keine Alternative zum Staat als Träger des Bildungswesens denken. „Kontinentale“ Teilnehmer zeigten auf, daß ein mit der Wirtschaft liierter Staat zwangsläufig zum Dirigismus und zur Konditionierung der Schüler neigt - ein starkes Argument für Schulen in freier Trägerschaft. Für die englischen Gesprächspartner blieb das Privatschulwesen hingegen mit dem Makel der sozialen Auslese behaftet. Zu sehr wird hier das Bild der freien Schule von der Tradition der privilegierten *public schools* bestimmt.

So gibt es in England nur zwei Möglichkeiten: Will man in der inhaltlichen Gestaltung der Schule wirklich frei sein, so muß man die Schule vollständig privat finanzieren; will man vom Staat finanziert werden, so muß man dessen Lehrplan akzeptieren. Dies wurde auch den englischen Waldorfschulen bei Verhandlungen im Ministerium unzweideutig erklärt.

Eine gewisse Zwitterform bilden in England die sogenannten „Grant Maintained Schools“. Sie werden einerseits vom Staat finanziert, müssen sich an das National Curriculum halten, besitzen aber andererseits volle Budget- und Personalhoheit, d.h. die einzelne Schule fungiert als staatliches Subunternehmen - eine Entwicklung, die auch in der gegenwärtigen Diskussion um mehr Schulautonomie in einigen deutschen Bundesländern angedacht wird.

Bildungsfinanzierung, Umwelterziehung

Ein weiteres Thema der Tagung war die Bildungsfinanzierung. Hierzu führte Rudolf Mees, Bankier aus den Niederlanden, aus, daß es durchaus denkbar sei, daß eine „Erziehungsbank“ die komplette Bildungsnachfrage über ein differenziertes Gutscheinsystem finanziert. Voraussetzung wäre, daß die speziell für Bildungszwecke zur Verfügung gestellten Mittel aus

dem allgemeinen Steueraufkommen ausgesondert werden. Bisher landet nur etwa die Hälfte der Bildungsausgaben beim Verbraucher. Die Ineffizienz staatlicher Bildungsplanung könnte durch ein Gutscheinsystem mit Zusatzmöglichkeiten (z. B. für sozial benachteiligte Nachfrager oder ländliche Gegenden) behoben werden.

Neben Fragen der Bildungsfinanzierung und Schulgesetzgebung in einzelnen europäischen Ländern widmete sich ein Tagungsschwerpunkt dem aktuellen Thema „Umwelterziehung“.

Europäische Situation

Im abschließenden Plenum zum Thema „Vielfalt in Europa“ stellten Vertreter aus mehreren Ländern die gegenwärtige Lage ihrer Schulentwicklung dar.

In *Finnland* besteht keine Schulpflicht; die Lehrer bestimmen selbst den Lehrplan und regeln die Abschlüsse. Die Privatschulen des Landes (4%) werden nach Vertragsabschluß über die Kommune finanziert. In *Dänemark* unterstehen die Schulen der kommunalen Selbstverwaltung. Ein Fünftel sind freie Schulen. Prüfungen sind nicht obligatorisch, und die Bewertung der schulischen Leistung geschieht individuell. Freie Schulen müssen in Dänemark etwa 15 Prozent der benötigten finanziellen Mittel selbst aufbringen.

In den *Niederlanden* sind nahezu Dreiviertel aller Schulen freie Schulen, die rechtlich und finanziell den staatlichen Schulen gleichgestellt sind. Mit dem Argument, daß die große Vielfalt pädagogischer Richtungen zu teuer werde, versucht die Regierung zur Zeit, rigidere Prüfungskriterien und Mindeststandards einzuführen. Erst kürzlich wehrten sich die Waldorfschulen vor Gericht erfolgreich gegen lehrplanmäßige Eingriffe, während die Jenaplan-Schulen einen auf ihre Pädagogik abgestimmten staatlichen Kernlehrplan akzeptierten.

In *Ungarn* gibt es einen einheitlichen Lehrplan, der für ungefähr die Hälfte der Fächer verbindlich ist. Die staatliche Schulaufsicht wurde 1985 abgeschafft. Zur Zeit gibt es 96 Schulen in nichtstaatlicher Trägerschaft, deren Kosten jeweils zu 30 Prozent vom Staat und den Kommunen übernommen werden. In *Rußland* ist seit der Wende unter Jelzin ein neues liberales Schulgesetz in Kraft getreten, das mit Einschränkungen die freie Lehrerwahl erlaubt, 50 Prozent des Lehrplans vorgibt und teilweise Budgethoheit einräumt. Das Hauptproblem für junge Schulinitiativen besteht darin, daß dieses Gesetz zwar existiert, aber - wie ein Teilnehmer es ausdrückte - nicht auf den Boden der Wirklichkeit kommt, da die alte Nomenklatura in der mittleren Verwaltungsebene nach wie vor das Sagen hat und es von ihrer Willkür abhängt, ob und wieviel staatliche Unterstützung die Initiative erhält.

Aus neuen Erfahrungen lernen

Das *Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen* hat, nach mehreren Stationen in Osteuropa, 1994 in Bern und jetzt in Oxford erneut eine Marke gesetzt. Es ist anzunehmen, daß von diesen internationalen Kolloquien nicht nur Impulse auf die osteuropäischen Länder ausgehen, sondern umgekehrt auch Impulse von diesen Ländern auf Westeuropa. So z. B. Attila Horváth vom Zentrum für Schulentwicklung in Budapest, der davon sprach, daß man in Ungarn eine Art *National Curriculum* einführt, nun aber seit mehreren Jahren darüber debattiert, ob es nicht besser wäre, es wieder abzuschaffen. Könnten dann die Engländer nicht etwas aus den ungarischen Erfahrungen lernen?

Die Chancen für konkrete Fortschritte würden erheblich steigen, wenn die Kolloquien nicht nur von engagierten Pädagogen und Erziehungswissenschaftlern getragen und besucht würden. Es wäre eine neue Stufe europäischer Zusammenarbeit und Akzeptanz erreicht, wenn es zukünftig gelänge, die für die Bildung des gastgebenden Landes oder Europas maßgeblichen Politiker und Minister für eine Teilnahme an diesen einzigartigen internationalen Zusammenkünften zu gewinnen. Die nächsten Treffen sind für 1996 in Wien und 1997 in St. Petersburg geplant.

Adresse: European Forum for Freedom in Education (E/F/F/E), Annener Berg 15, D-58454 Witten.

APUCK statt APO, Internet statt Focus

(vs) In dem Magazin Focus (Heft 16/1995) erschien kürzlich unter der Überschrift „Das ist ein Unrecht an unseren Kindern“ - Das Image der Waldorfschulen wackelt - freizügige Alternative oder starre Sekenschule?“ ein absolut unhaltbarer Artikel gegen die Waldorfpädagogik: voller Polemik und Verzerrungen werden in dem Pamphlet den Waldorfschulen u.a. sektenhaftes Gehabe, Prügelstrafen und Psychoqualen vorgeworfen. Eine Anzahl von Studenten der Freien Hochschule Stuttgart - Seminar für Waldorfpädagogik - schrieb dazu an den „Focus“ folgendes:

„Wir werden Lehrer an der Beklopptenschule, weil wir technik- und industriefeindlich sind. Wir sind gemeinschaftlich organisiert in der APUCK (Anonyme Pommes und Cola Konsumenten). Wie Sie in Ihrem wohlwollenden Artikel zutreffend geschildert haben, gibt es bei uns schon längst keine Telefone mehr. Wir verständigen und rein gedanklich oder per Internet. Außerdem leiden wir entsetzlich an der Gegenwart, schluchz! Da bei uns auch die Medien wie Fernsehen oder Focus streng verpönt sind, konnten wir leider Ihren brillant recherchierten Bericht nicht zur Kenntnis nehmen. Schade. Wir hätten sonst einen begeisterten Leserbrief geschrieben.“

Ankündigungen und Termine

Dreigliederungstreffen in den Niederlanden

Aus dem Tagungsprogramm: „Von Donnerstag, den 5. bis Sonntag, den 8. Oktober 1995 sind Sie herzlich eingeladen zum 4. internationalen Dreigliederungstreffen in Groesbek (NL/D-Grenze).

Es ist unser Anliegen, daß Menschen aus verschiedenen Ländern sich treffen können, um Gedanken, Ideen und Erfahrungen auf dem Dreigliederungsgebiet auszutauschen. Das Programm wird immer offen genug sein, um es inhaltlich mitzugestalten, z.B. während der sogenannten Marktgruppen (wo Arbeitsgruppen sich spontan, nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage, bilden können) und bei dem Initiativenabend.

Außerdem gibt es einige Erfahrungsberichte von Personen, die schon längere Zeit mit der sozialen Dreigliederung arbeiten. Eingeladen sind dazu diesmal Manfred Kannenberg (Berlin), Monika Neve (Raisdorf) und Bozitar Bonacic (Den Haag/Kroatien). Auch wird ein Podiumsgespräch stattfinden über die Funktion des Geldes, an dem

u.a. Christopher H. Budd aus Canterbury mitwirken wird. Angefangen wird wieder mit gemeinsamer Arbeit an den „Kernpunkten der sozialen Frage“.

Das Treffen wird organisiert von Mitgliedern der holländischen Arbeitsgemeinschaft für soziale Dreigliederung.“

Kontaktadresse für nähere Auskunft und Anmeldung: Margret Takken, Geuzenkade 32-1, NL - 1056 KK Amsterdam, Tel.: (020) 6852763

10 Jahre Hannoversche Pensionskasse

(vs) Aus Anlaß ihres 10jährigen Bestehens lädt die Hannoversche Pensionskasse VVaG zu einer Feier und Tagung in die Freie Waldorfschule Hannover Maschsee am 15. und 16. September ein.

Themen der Tagung: „Brauchen wir Lebensversicherung“, „Arbeit an der Zukunft“ und „Wir gestalten Zukunft“.

Kontakt: Hannoversche Pensionskasse VVaG, Rembert Rauchbach, Brehmstr. 10, 30173 Hannover, Tel.: (0511) 853018, Fax 853021.

Wochenendtagung: Anthroposophie als Schulungsweg und Sozialimpuls

Die innere Einheit von Erkenntnisweg und sozialer Dreigliederung. Vortrag und Gespräch mit Christoph Strawe.

8. bis 9. Juli 1995 im Rudolf Steiner Haus Stuttgart, Zur Umlandshöhe 10. Samstag abend 20.00 Uhr: Vortrag. Sonntag 9.30 - 12.30 Uhr: Gespräch. Kostenbeitrag je nach Ermessen (DM 20,- bis DM 40,-) Veranstalter ist die Arbeitsgruppe für soziale Dreigliederung in der Anthroposophischen Gesellschaft Stuttgart. Die Gruppe existiert seit vielen Jahren. Sie trifft sich jede Woche zu einer Textarbeit - derzeit wird an R. Steiners Vorträgen „Die soziale Grundforderung unserer Zeit - in geänderter Zeitlage“ (GA 186) gearbeitet. Außerdem werden in der Regel dreimal im Jahr öffentliche Seminare wie das oben angekündigte angeboten. Verantwortlich sind Gottfried Kürty und Erwin Haas.

Kontaktadresse: E. Haas, Haußmannstr. 106, 70188 Stuttgart, Tel.: (0711) 2526225.

Dreigliederungs-Regionaltreffen in Hamburg

(vs) Am Samstag, den 30.9.1995, findet ein weiteres Regionaltreffen für alle an der Dreigliederung Interessierten im Rudolf Steiner Haus, Mittelweg 11-12, 20148 Hamburg, statt. Beginn um 10.00 Uhr. Es ist angedacht, diese Treffen vierteljährlich zu veranstalten.

Kontakt und Infos: Martin Lehnert, Steendammswisch 37, 22459 Hamburg, Tel.: (040) 5524494 (privat), 6040036 (Büro).

Geld - Geist - Gewissen: Die gegenwärtige Geldordnung und -gesinnung und das Geldwesen der Zukunft

(vs) In einer breit angelegten Arbeitswoche veranstaltet die Freie Akademie Sammatz vom 4. bis zum 13. August ihre diesjährige Sommerschule zum Thema „Geld“. Neben Grundbegriffen, Analysen, Ideen und Perspektiven steht an jedem Abend das Thema „Mensch und Geld“ im Vordergrund. Gesprächsforen und künstlerische Kurse ergänzen und erweitern die Vorträge.

Nähere Informationen und Anmeldung: Freie Akademie Sammatz, Im Dorfe 9, 29490 Sammatz, Tel.: (05858) 9700, Fax 97041

„Beiträge zur Weltlage“ 1995: Die geistige und soziale Gestalt Europas

Sozialwissenschaftliche Tagung, Reinach/Schweiz, 6.-11. Oktober 1995

(vs) Aus dem Programm (Auswahl): Seminar: Vermächtnis und Aufgabe der Mitte; Seminar: Der gerechte Preis als geistgemäße Grundlage eines fairen Welthandels; Eurythmie; Vorträge und Referate: Über die Europafrage; Die Europaschrift des Novallis; Internationale Arbeitsteilung und Kooperation;

Jakob Böhme als Repräsentant der Aufgabe Europas u.a. Mitwirkende: Dr. K. Hartmann, Dr. Jens Heisterkamp, Dr. Götz Rehn, Roland Neff, Dr. Michael Rist u.a.

Weitere Informationen und Anmeldeunterlagen: Johannes Kreyenbühl Akademie, Seewenweg 5, CH - 4153 Reinach, Tel./Fax: (061) 7120910

Abschied vom Vollbeschäftigungsziel? - Was bleibt dann von der sozialen Marktwirtschaft?

(vs) Unter diesem Titel findet in Bad Boll vom 1.-2. Juli 1995 eine Tagung statt. In Vorträgen und Gesprächsgruppen wird die Frage der Arbeitslosigkeit und Perspektiven des Arbeitsmarktes von verschiedenen Seiten her beleuchtet. Tagungsleitung: Fritz Andres, Jobst von Heynitz.

Weitere Auskünfte: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., Badstr. 35, 73087 Bad Boll, Tel.: (07164) 3573

„Heute schon an morgen denken!“: Landwirtschaftsfonds II

(vs) Zur Unterstützung und Weiterführung der Arbeit von acht Bio-Höfen in Norddeutschland hat die Stiftung Kulturland - eine gemeinnützige Stiftung für Landwirtschaft und Ökologie - in Zusammenarbeit mit der GLS Gemeinschaftsbank Bochum einen neuen Landwirtschaftsfonds aufgelegt. Neu an diesem Fonds ist, daß die Zeichner ihre Zinsen auch gegen Lebensmittel in Hofläden oder Naturkostläden in allen Großstädten eintauschen können. Insgesamt 3,5 Millionen Mark sollen bundesweit für 25 beispielhafte Projekte des ökologischen Landbaus investiert werden. Interessenten können sich wenden an die

Stiftung AKTION KULTURLAND, Mittelweg 147, 20418 Hamburg, Tel. (040) 410 2880.

Altenhilfe/Alterswohnsitz

(vs) In neues Altenwohn- und Pflegeheim auf anthroposophischer Grundlage in Düsseldorf ist in Planung. Besonders für Seelenpflege-bedürftige Menschen im Alter möchte das Zschokke-Haus ein „reges geistiges und soziales Leben gegenseitiger Hilfe“ entfalten.

Nähere Information: Heinrich-Zschokke-Tagespflegehaus e.V., Siegburger Str. 70, 40591 Düsseldorf, Tel./Fax: (0211) 299582

Fortbildungsseminare „Individualität und soziale Verantwortung“ - Terminübersicht

Sa, 30. September 1995: Seminar, Stuttgart: Das steuerliche Gemeinnützigkeitsrecht - Grundzüge und praktische Anwendungsfälle

Fr, 6. - So, 8. Oktober 1995: Einführendes Wochenendseminar, Vaihingen-Enz: Freiheit als Gestaltungsprinzip des Geisteslebens

Do, 12. - Sa, 14. Oktober 1995: Seminar, Kassel: Partnerschaft in Unternehmen und zwischen Unternehmen. Mitveranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP) / Verbund Freie Unternehmensinitiativen.

Fr, 17. - So, 19. November 1995: Einführendes Wochenendseminar, Vaihingen-Enz: Assoziatives Wirtschaften - Wege zur Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben

Fr, 24. - So, 26. November 1995: Einführendes Wochenendseminar, Ruhrgebiet (Herne): Freiheit als Gestaltungsprinzip des Geisteslebens

Fr, 12. - So, 14. Januar 1996: Einführendes Wochenendseminar, Vaihingen-Enz: Lebensfelder der Gleichheit: Recht, Staat, Politik

Fr, 19. - So, 21. Januar 1996: Einführendes Wochenendseminar, Ruhrgebiet (Herne): Assoziatives

Wirtschaften - Wege zur Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben

Fr, 1. - So, 3. März 1996: Einführendes Wochenendseminar, Ruhrgebiet (Herne): Lebensfelder der Gleichheit: Recht, Staat, Politik

Do, 30. November - So, 3. Dezember 1995: Seminar, Bern: Das Zusammenwirken von Kunst, Wissenschaft und sozialem Leben - Arbeit an den Mysteriendramen R. Steiners

Informationen und Anmeldeunterlagen über: Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel.: (0711) 2368950, Fax: 2360218.

Dem Rundbrief liegen Prospekte über das Seminar „Gemeinnützigkeitsrecht“ und die Tagung „Partnerschaft in Unternehmen und zwischen Unternehmen“ bei.

Buchbesprechung

Der Bildungsgutschein - Finanzierungsverfahren für ein freies Bildungswesen

(cs) Als Form einer Finanzierung des Schulwesens, die Freiheit der Schulwahl ermöglicht, schlug R. Steiner seinerzeit ein „Erziehungseinkommen“ vor. Eine Möglichkeit der Ausgestaltung einer solchen Art der Schulfinanzierung stellt der sogenannte Bildungsgutschein dar, wie er heute von verschiedenen Seiten vorgeschlagen wird, wobei es Überlegungen gibt, den Gutschein auch als Finanzierungsinstrumenten im Hochschulwesen und in der Erwachsenenbildung einzusetzen (wir haben dieses Thema z.B. in den Rundbriefen Nr. 1 und 3/92 behandelt).

Seit langem war eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme der Debatte um dieses umstrittene Thema und damit verbunden eine Auseinandersetzung mit den Einwänden gegen ein solches Finanzierungsverfahren überfällig. Mathias Maurer hat nun dankenswerterweise eine Schrift vorgelegt, die diese Aufgabe in höchst kompetenter Art löst.

Maurer diskutiert zunächst generell das Verhältnis von Gesellschaft, Wirtschaft und Bildungswesen, stellt grundrißartig die Geschichte des freien Bildungswesens dar und betrachtet dann das nichtstaatliche Schulwesen einzelner Länder, wobei er jeweils eine Fülle von Literatur zu diesen Fragen verarbeitet. Auf diese Weise gewinnt er die Grundlage für die Diskussion des Bildungsgutscheinmodells, bei der er zunächst Vorläufer des Bildungsgutscheingedankens darstellt, um sich dann Grundidee, Variationen und den technischen Einzelheiten der verschiedenen, teilweise stark voneinander abweichenden Bil-

dungsgutscheinsysteme zu widmen, die derzeit diskutiert werden. Er bezieht dabei auch die Erfahrungen ein, die beim Versuch der Einführung solcher Gutscheinsysteme bereits gemacht wurden.

Diese Darstellung mündet in eine Diskussion rechtlicher und ökonomischer Aspekte der Bildungsfinanzierung und einer Betrachtung zum „europäischen Bildungsmarkt“ und dem Gutschein. Ohne die Problematik der europäischen Integrationsprozesse zu ignorieren, bemerkt er zurecht, daß die Freizügigkeit innerhalb eines europäischen Bildungsraumes, der in der Logik der EU-Entwicklung liegt, auf sinnvolle Weise am besten durch das Gutscheinverfahren hergestellt werden könnte.

Das Buch ist ein unverzichtbares Arbeitsmittel für alle, die sich für ein freies Schulwesen in der öffentlichen Auseinandersetzung engagieren möchten.

Der Autor: *Mathias Maurer*, geboren 1958. Von 1979 bis 1986 Soziologie- und Germanistikstudium in Freiburg. 1987 Besuch des Sozialwissenschaftlichen Seminars in Stuttgart. Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis eines mehrjährigen Forschungsprojekts im Auftrag der Pädagogischen Forschungsstelle beim Bund der Freien Waldorfschulen in Stuttgart. Seit 1988 ist Mathias Maurer Redakteur der Monatsschrift „Erziehungskunst“.

Mathias Maurer: *Der Bildungsgutschein - Finanzierungsverfahren für ein freies Bildungswesen. Erziehung vor dem Forum der Zeit 20.* Verlag Freies Geistesleben Stuttgart. 104 Seiten. kartoniert DM 24,- / öS 187,- / sfr 25,-. ISBN 3-7725-0300-4.

Wie wirkt man für den Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus?

Treffen der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“

Samstag/Sonntag, 14./15. Oktober

Anthroposophisches Zentrum Kassel

Wilhelmshöher Allee 261, D-34131 Kassel

Samstag

15.00 Uhr: Die soziale Frage zwischen innerer Entwicklung und äußerer Wirksamkeit (Einleitendes Referat: Udo Herrmannstorfer)

16.30 Uhr: Pause

17.00 Uhr: Wie wirkt man für eine Erneuerung im Wirtschaftsleben? (Einleitendes Referat: Hans Udo Zöller, Handelskontor Willmann)

18.30: Abendpause

20.00 Uhr: Wie wirkt man für eine Erneuerung des Schul- und Bildungswesens? (Einleitendes Referat: Prof. Dr. Harald Spehl, Universität Trier)

Sonntag

9.00 Uhr: Öffentlichkeitsarbeit an der Basis - welche Möglichkeiten gibt es? (Einleitendes Referat: Wilhelm Neurohr, Arbeitsgemeinschaft für soziale Dreigliederung im Ruhrgebiet)

10.15 Uhr: Pause

10.45 Uhr: Initiative an der Basis und/oder politisches Engagement? (Einleitende Referate: Christoph Strawe, Gerald Häfner - MwSt/angefragt)

12.30 Uhr: Sitzung der Teilnehmer am Kostenausgleichsverfahren (Trägerkreis der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“). Aussprache über die Resultate und Perspektiven der Arbeit, Beratung des Etats für das Jahr 1996.

Das Treffen findet im unmittelbaren Anschluß an die Kasseler Tagung „Partnerschaft in Unternehmen und zwischen Unternehmen“ statt. Da diese Tagung um 12.30 Uhr endet, wäre die Zeit am Samstag zu kurz gewesen, um das Thema gründlich zu besprechen. Deshalb geht dieses Netzwerk-Treffen erstmals über zwei Tage. Da dadurch für die Teilnehmer Unterbringungskosten entstehen, verzichten wir diesmal bewußt auf die Bitte um einen Kostenbeitrag. Das Anthroposophische Zentrum liegt wenige Gehminuten vom ICE-Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe entfernt. **Unterkünfte in Kassel:** Jugendherberge Kassel: Schenckendorfstr. 18, 34119 Kassel, Tel.: (0561) 776455, Service Kassel GmbH (Zimmervermittlung und Tourismuszentrale): Königsplatz 53, 34117 Kassel, Tel.: (0561) 7077163; Fax: 7077169.

✂

Anmeldeabschnitt

Bitte in Druckschrift ausfüllen und einsenden an die Initiative „Netzwerk Dreigliederung“, C. Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Fax: (0711) 2360218

Name:

Anschrift:

.....

Ich komme zum Netzwerktreffen am 14./15. Oktober 1995 in Kassel

Ich beteilige mich am Kostenausgleich 1995 der Initiative „Netzwerk“ mit DM
(Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01)

Bitte schicken Sie mir bis auf Widerruf den „Dreigliederungs-Rundbrief“ zu (mein Kostenbeitrag für den Rundbrief beträgt DM /Jahr; Richtsatz DM 30,-; Kontonummer s. o.).

Bitte schicken Sie mir Expl. Probenummern des Rundbriefs zum Weitergeben (Werbung).

Datum/Unterschrift